Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — **Abonnementspreis**, einschließlich der Unterhaltungsbeilage **„Die Neue Welt"**, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187. **Freitag, den 11. August 1916.** **23. Jahrg.**

Parteigenossen!

Zwei unheilvolle Jahre liegen hinter uns. Noch immer jagt die schreckliche Kriegsfurie erbarmungslos mordend und sengend durch die Lande. Millionen blühender Menschenleben sind vernichtet, viele Hoffnungen und unermeßliche Kulturgüter zerstört worden.

Soll dieses Länder und Volkskraft verwüstende Ringen, das schwerste Unglück, das je die Kulturmenschheit heimgesucht hat, noch immer kein Ende nehmen?

Nur das Bewußtsein, einen Verteidigungskrieg zu führen, der Deutschland von den gegnerischen Mächten aufgezwungen wurde, löste bei unseren Brüdern im Waffenrock die heldenmütige Hingabe und zähe Tapferkeit aus, mit denen sie dem Ansturm der feindlichen Massenheere standhalten. Nur für die Sicherheit des Landes, für dessen politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Lebensmöglichkeit kämpft und leidet das deutsche Volk, **nicht aber zur Verwirklichung irgend welcher Eroberungspläne.**

Als am 4. August 1914 die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie im Reichstage sich ihren Grundsätzen getreu **für die Verteidigung des Landes** erklärte und die dazu erforderlichen Mittel bewilligte, bekundete sie zugleich:

> „Wir fordern, daß dem Krieg, sobald das Ziel der Sicherheit erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat diese Forderung immer wieder erhoben. **Der Reichskanzler hat mehrmals erklärt, daß er zu Friedensverhandlungen bereit sei.** Leider haben die gegnerischen Regierungen eine Erklärung, daß auch sie zu Verhandlungen bereit sind, bisher nicht abgegeben, weil sie, wie die blutigen Offensiven an allen Fronten beweisen, immer noch hoffen, Deutschland und seine Verbündeten militärisch niederringen zu können. Sie stützen sich dabei auf ihren unerschütterlichen Glauben an die größere Volkszahl und die Hilfsquellen der Ententeländer.

Berlin, den 11. August 1916.

Der Friedenswille, der bei den Völkern der gegnerischen Länder ebenso stark ist, wie in Deutschland, wird zweifellos geschwächt und zurückgedrängt, wenn gleich den chauvinistischen Eroberungspolitikern in den Ententeländern auch in Deutschland einflußreiche Kreise Kriegsziele aufstellen und Eroberungspläne propagieren, die die Völker jener Länder zum zähesten Widerstand aufstacheln müssen.

Es erscheint deshalb an der Zeit, daß das deutsche Volk frei und unbeschränkt zu diesen Eroberungsplänen Stellung nimmt, deren Verwirklichung den Keim zu neuen Kriegen legen würde und die nur zu sehr geeignet sind, den Krieg zu verlängern.

Die von der sozialdemokratischen Partei seit langer Zeit geforderte Aufhebung des Belagerungszustandes ist nicht erfolgt, auch die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele ist bisher nicht zugestanden worden. Trotzdem sind die Annexionswünsche gewisser Kreise immer wieder an die Oeffentlichkeit gekommen und zur Stimmungsmache im feindlichen Ausland benutzt worden.

Nachdem nunmehr am 1. August d. Js. in zahlreichen deutschen Städten Versammlungen des „Nationalen Ausschusses zur Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens" stattgefunden haben, in denen von den meisten Rednern Kriegsziele, vielfach in annektionistischem Sinne erörtert worden sind, ist es eine unabweisbare Pflicht der Regierung, die Erörterung der Kriegsziele allgemein freizugeben. Wir haben daher in einer Eingabe an den Reichskanzler die Freigabe der Kriegszielerörterungen erneut dringend gefordert.

Die Parteiorganisationen im Reiche fordern wir auf, demnächst öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen zu den Kriegs- und Friedenszielen Stellung genommen werden soll. Auch ersuchen wir, Vorbereitungen für die Unterzeichnung einer Petition zu treffen, in der ein Friede verlangt wird, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht und unserem Land die territoriale Unversehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit gewährleistet.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die zukünftige deutsche Steuerpolitik.

Die mit der Dauer des Krieges zu immer phantastischerer Höhe anwachsenden Kriegsausgaben drängen immer mehr die Frage auf, wie die zukünftige Steuerpolitik Deutschlands beschaffen sein müsse, wenn sie imstande sein soll, die Mittel zur Deckung der ungeheuerlich angeschwollenen Lasten aufzubringen. Auch wir haben uns schon mehrfach mit dieser Frage beschäftigt und dabei immer wieder betont, daß diese schwierige Aufgabe nicht zu lösen sei, wenn man starrsinnig an dem alten „Grundsatz" reichsdeutscher Steuerpolitik festhalte, daß einerseits dem Reich die indirekten, anderseits den einzelnen Bundesstaaten die direkten Steuern zu überlassen seien. Dieser „Grundsatz" hat ja überhaupt schon eine Duchbrechung erfahren; sowohl durch die Reichsbesitzsteuer wie durch die Reichserbschaftssteuer hat das Reich bereits in das Gebiet der direkten Steuern eingegriffen, indem es der Notwendigkeit gehorchte. Und mit vollem Recht.

Neuere Versuche, auf diesem Wege weiterzugehen, sind aber an dem Widerstande der einzelstaatlichen Finanzminister mit Unterstützung des Reichsschatzsekretärs Dr. Helfferich gescheitert. Des letzteren Steuerbukett von diesem Frühjahr ließ leider jeden neuen Gedanken vermissen, der nur so hätte gedeutet werden können, als ob sich der Reichsschatzsekretär der qualitativen Aenderung in den Reichsfinanzverhältnissen, die durch die riesige quantitative Mehrung der Reichsschulden und -Verpflichtungen entstanden ist, bewußt sei. Dr. Helfferich glaubte sich etwas darauf zugute tun zu können, daß er mit seinen Steuervorlagen einen „gerechten Ausgleich" zwischen direkten und indirekten Steuern geschaffen habe. Wie unberechtigt diese Annahme war, haben wir seinerzeit eingehend nachgewiesen.

Im Reichstag ist dann versucht worden, mit besonderem Nachdruck von der sozialdemokratischen Fraktion, mehr für das Reich aus direkten Steuern zu gewinnen, um die Belastungen des Verbrauchs und des Verkehrs schon bei der vorläufigen Steuervermehrung zur Deckung des Ausfalles im laufenden Etat auszuschalten. Das schien erst in der Kommission zu glücken, indem die Neuerhebung eines Wehrbeitrages und die Besteuerung des Mehreinkommens im Kriege in das Kriegsgewinnsteuergesetz hineingearbeitet wurden. Auf den Widerspruch der Finanzminister hin ist die Mehrheit dann zurückgewichen und, um den Schein zu wahren, daß das Reich seinen Anspruch nicht auf ein weiteres Gebiet der direkten Besteuerung erstrecke, hat man die wunderliche Besteuerung nicht verlorenen Vermögens als Vermögenszuwachs geschaffen. Damit sollte die Fiktion aufrecht erhalten werden, daß nur der Vermögenszuwachs dem Begriff des Reiches offen stehen solle.

Dieser Rückzug der Reichstagsmehrheit war ein sehr bedenkliches Zugeständnis an den alten „Grundsatz" der Absperrung des Reichs von der direkten Besteuerung, ein Zugeständnis, das leider zeigt, daß man in den Mehrheitsparteien des Reichstags auch noch nicht die Notwendigkeit erfaßt hat, in der Finanzgebarung des Reichs wie der Einzelstaaten grundlegende Aenderungen vorzunehmen, die von dem gewaltigen Anwachsen der Reichsverpflichtungen gebieterisch gefordert werden. Das Reichsschatzamt hat ja inzwischen den leitenden Herrn gewechselt; Graf Rödern ist an die Stelle des Herrn Helfferich getreten. Ob damit ein Wechsel in den Anschauungen über die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Zukunft eingetreten ist, davon verlautete bisher nichts; man kennt die Meinung des neuen Herrn im Reichsschatzamt noch nicht.

Die Erkenntnis, daß die bisherige Art der Steuerverteilung zwischen Reich und Einzelstaaten nicht weiter aufrecht erhalten werden könne, sondern von Grund aus umgestaltet werden müsse, wächst aber in weiteren Kreisen, auch in solchen, die bisher an dem alten „Grundsatz" der Verteilung festhielten. Zu diesen gehört auch der Geheime Regierungsrat Richard Witting, der frühere Oberbürgermeister von Posen und Direktor der Nationalbank, der sich in einer längeren steuerpolitischen Studie im „Berl. Tagebl." mit trefflichen Agumenten für eine völlige Neugestaltung des Finanzverhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten ausspricht. Er bekennt sich zunächst selbst als früherer Anhänger des alten Steuerverteilungsmodus, indem er schreibt:

> „Solange ich mich mit öffentlichen Dingen befasse und bis zu diesem Kriege habe ich stets mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß das Reich sich für seinen Finanzbedarf an Zölle, Verbrauchssteuern, Monopole, daß es sich aber nicht an direkte Steuern, vor allem nicht an Einkommen- und Vermögenssteuern, halten dürfe, sondern daß diese den Einzelstaaten und nach ihnen den Gemeinden zu verbleiben hätten. Alle diese Gründe, die man jetzt mit mehr oder minder Schwung für diese Reglung anführt, habe ich schon vor Jahren selbst auch vorgebracht und auf die finanziellen und politischen Bedenken bei einer anderen Reglung mit Lebhaftigkeit hingewiesen."

Geheimrat Witting meint, daß das vor dem Kriege nicht nur subjektiv aus ehrlicher und gewissenhafter Ueberzeugung und aus der Erfahrung geschöpft, sondern auch objektiv nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung Preußens, Deutschlands und seiner Gemeinden begreiflich und vertretbar war. Darüber heute in weitläufige Erörterungen einzutreten, hat um so weniger Zweck, als Witting infolge der Finanzgestaltung während des Krieges sich bekehrt hat. Wenn man alle nach dem Kriege an das Reich herantretenden Ansprüche summiere, so komme man auf Jahresleistungen, vor denen einem schwindelt. Solchen Tatsachen gegenüber sei man „gezwungen, von Grund aus umzudenken und danach, wenn man alles sorgfältig durchdacht und durchgeprüft hat, umzulernen und unter Umständen sich von liebgewordenen Anschauungen und Ideen loszureißen, weil sie in einer neuen, von der früheren durch eine unüberbrückbare Kluft getrennten Zeit nicht mehr aufrecht zu erhalten sind."

Unter Berufung darauf, daß es das Reich ist, das unserer Krieger verteidigt haben, nicht Preußen, Württemberg, Hamburg oder Reuß, erklärt Witting, „es wäre ein verhängnisvoller, in seinen Folgen gar nicht abzusehender Fehler und ein Zeichen völlig mangelnder politischer Strategie, wollte man nach diesem Kriege, nach dem Ungeheuren, was unsere Kämpfer erlebt und erlitten, sich fortan weiter darauf beschränken, im Reichstage neue Zölle, Verbrauchsabgaben und Monopole zu beschließen, ohne das ganze Steuersystem des Reichs einschließlich der direkten Steuern, der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer in organischer Einheit auszugestalten".

Diese organische Einheit im deutschen Steuerwesen ist die Forderung, die wir schon nach den ersten Kriegsmonaten, als mit einer längeren Dauer des Krieges gerechnet werden mußte, erhoben haben. Ohne ihre Durchführung wird es unmöglich werden, den finanziellen Bedürfnissen des Reiches wie der Einzelstaaten gerecht zu werden. Allein auf diesem Wege kann auch einigermaßen die Gerechtigkeit im Steuerwesen heimisch gemacht werden, deren Fehlen um so schmerzlicher empfunden werden muß, je größer die Ansprüche sind, die Reich und Staat an die Steuerfähigkeit der Staatsbürger stellen.

Und diese Ansprüche werden nach dem Kriege riesengroß sein. Den weit größeren Teil wird, im Gegensatz zu früher, das Reich für sich beanspruchen müssen, und darum wird, wie Witting richtig betont, die **Errichtung einer wirklichen Finanzhoheit des Reichs** notwendig, dem fortan **der erste und prinzipale Zugriff auf alle Steuerquellen**, direkte wie indirekte, gebühre, und von dem Staaten und Gemeinden zu speisen sind. Das sei die Grund-, die entscheidende Frage; darum werde der Kampf entbrennen, der starke verfassungsrechtliche Folgen haben müsse. Denn zur Finanzhoheit gehöre zunächst ein verantwortlicher Reichsfinanzminister, und das wiederum rolle die bekannten weiteren konstitutionellen Fragen auf und berühre vor allem die ganze Stellung des Bundesrats. Zwischen Reich und Staat haben man allenfalls reinlich scheiden können, solange die steuerliche Belastung von Staat und Gemeinden diejenige des Reiches erheblich überstieg. Jetzt sei es aber umgekehrt.

Für das Jahr 1907 stellt sich der Finanzbedarf des Reiches auf etwa 1400 Millionen, der der Einzelstaaten zusammen auf etwa 1800 Millionen und der der Gemeinden auf etwa 2200 Millionen. Das Verhältnis des Reichsbedarfs zu dem der Staaten und Gemeinden stellte sich also wie 14 : 40. Nach dem Kriege wird sich das Verhältnis völlig anders stellen; die finanzielle Hauptlast wird beim Reich liegen. Witting führt dazu aus:

> „Der Abgeordnete Spahn hat den Gesamtbedarf nach dem Kriege auf 12 Milliarden veranschlagt, von denen 7 das Reich und 5 Milliarden Staat und Gemeinden aufzubringen haben würden. Indessen das ist schon jetzt ausgeschlossen; das Verhältnis wird von der Kriegsdauer abhängen, mindestens aber sich wie 9 : 5 stellen; das heißt: das Reich wird insgesamt etwa 9, Staat und Gemeinden werden 5 Milliarden jährlich aufzubringen haben; das Reich wird also annähernd das Doppelte

von dem pro Jahr bedürfen, was Staat und Gemeinden zusammen brauchen.

Wäre es da nicht eine harte Ungerechtigkeit, diese Bedürfnisse des Reiches nun auch ausschließlich und allein auf die indirekten Steuern zu verweisen und damit den Grundsatz zu statuieren, daß die Kosten für diesen Krieg im Wesentlichen die unbemittelte Bevölkerung aufzubringen hätte? Nein, durch einen Krieg, der um Leben, Sicherheit und Vermögen jedes einzelnen Bürgers ging und geht, und der diese Lasten verursacht, hat das Reich sich den unbestreitbaren Anspruch auf die Steuersouveränität erworben. Nicht das ist entscheidend, ob der Besitz in den Einzelstaaten jetzt schon mehr oder weniger stark belastet ist; dieser Gesichtspunkt muß gegenüber den anderen zurücktreten, daß fortan die Ansprüche des Reichs so ungeheuer groß über die der Einzelstaaten und Gemeinden herausgewachsen sind, daß jene über die Abgrenzung der steuerlichen Kompetenzen zu entscheiden haben."

Mit Recht macht Geheimrat Witting auch geltend, daß angesichts der furchtbaren Wirkungen des Krieges die Besitzenden sich nicht gegen sehr hohe Steuern sträuben dürften. Wenn sie sich vor der Furcht vor hohen Steuern bestimmen ließen, so wäre das „tief traurig und verächtlich — es wäre ein Zeichen jenes Mammonismus, von dem uns doch die Ideen von 1914 angeblich befreit haben sollen."

Auch gegen den Einwand wendet Witting sich mit Recht, daß kräftige direkte Steuern eine ausreichende Vermögensakkumulation und damit eine genügende Kapitalbildung verhindern sollen. Als Beweis dafür, daß die reichen Leute durch starke direkte Steuern nicht ausgerottet werden, führt er England an, das in den letzten Jahrzehnten in der Ausbildung der direkten Steuern enorme Fortschritte gemacht hat. Von 1890 bis 1913/14 sind dort die direkten Steuern von 22 Millionen Pfund auf 76 Millionen Pfund, also um 242 %, die indirekten von 51 auf 84 Millionen Pfund, also um 64 %, gestiegen. Allein die Steuern aus Einkommen und Erbschaft haben sich von 19 Millionen auf annähernd 73 Millionen Pfund vermehrt, d. h. um 272 %! Diese Steuern sind in England während des Krieges noch weiter enorm gestiegen und sie werden z. B. von den preußischen direkten Steuern noch lange nicht erreicht. Es liegt in der erheblich stärkeren Anspannung der direkten Steuern also durchaus keine Gefahr; nur muß, wie auch Witting betont, unsere ganze direkte Besteuerung noch ganz anders durchgebildet, muß vor allem das Arbeitseinkommen von dem fundierten wesentlich differenziert, muß der Familienvater vor den Kinderlosen und den Junggesellen steuerlich erheblich bevorzugt, muß die Kinderzahl berücksichtigt werden.

Auch in England hat trotz der einschneidenden Lloyd Georgeschen Steuerreform die Kapitalbildung seit zehn Jahren nicht stillgestanden, sondern ist wesentlich fortgeschritten. Und Witting meint, man könne wohl mit Recht sagen, daß die letzten Grenzen für direkte Besteuerung dort liegen, wo die Steuer so hoch ist, daß sie den Ertrag wirtschaftlicher Unternehmungen auffaugt und dazu den Trieb wirtschaftlichen Unternehmungen, zu Erweiterungen und Verbesserungen der Unternehmungen tötet. „Bis dahin ist aber ein sehr weiter Weg. Der kapitalistischen Entwicklung unserer Tage wohnt eine ganz außerordentlich große Elastizität oder Anpassungsfähigkeit inne, die ihre Hilfsorgane beständig vermehrt und leistungsfähiger gestaltet, und die auch die Kapitalassoziation zu einer gewaltigen Entfaltung gebracht hat. Darum kann das Argument, eine noch stärkere Erhöhung der direkten Steuern sei gerade für die oberen Zehntausende unmöglich und unterbinde die Produktivität unserer Volkswirtschaft, wohl nicht ohne weiteres als berechtigt anerkannt werden."

Gleichwohl ist Witting der Ansicht, daß die ungeheuren Summen, um die es sich in Zukunft handelt, niemals mit direkten Steuern allein aufgebracht werden können; es müßten alle Steuerquellen, und namentlich auch Verbrauchsabgaben und Monopole herangezogen werden. Er betont aber, es dürfe nicht vergessen werden, „daß heute schon für die unentbehrlichen Lebensmittel und für die Genußmittel der großen Massen, für Getreide, Salz, Petroleum, Zucker, Kaffee, Bier, Branntwein und Tabak, 20 Mark pro Kopf der Bevölkerung mit 1½ Milliarden jährlich aufgebracht werden, während für die Genuß- und Luxusmittel der Reichen: Wein, Schaumwein, Seidenwaren, Tee, Kakao, Austern, Sekt usw. 86 Pfg. pro Kopf vom Reich an Steuern vereinnahmt werden. Hieran ist nun einmal nicht zu rütteln, und das wird die schärfste Agitationswaffe in den Kämpfen der Zukunft werden, wenn die Besitzenden nicht die nötigen Folgerungen daraus ziehen." Eine staatsmännische Steuergesetzgebung werde deshalb die Einkommen-, Vermögens- und vor allem auch die Erbschaftssteuer schon aus Gründen der politischen Taktik in den Vordergrund und Mittelpunkt rücken müssen, und die besitzenden Klassen würden einen geradezu verhängnisvollen Fehler begehen, wollten sie sich dagegen sträuben. Nur auf diesem Wege, und wenn das Reich einheitlich und souverän über sämtliche Steuerquellen verfügen kann, werde man auch hoffen dürfen, zu einer vernünftigen, sparsamen und einheitlichen Finanzgebarung im ganzen Reich, vor allem in den Bundesstaaten und Gemeinden, zu kommen. Die Einzelstaaten und Gemeinden müßten sich gefallen lassen, auf diesem Gebiet große Teile ihrer bisherigen Selbständigkeit abzugeben, wie auf so vielen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens. Nur wenn das Reich eine unumschränkte Finanzhoheit erhalte, werde es auch möglich sein, bei allen Steuern, seien es direkte oder indirekte, neben den politischen und sozialen vor allem auch die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die in der Zukunft für unsere ganze Entwicklung so ungemein entscheidend sein werden.

Wenn das Reich seine Verpflichtungen erfüllen wolle, so werde man auch zu Staatsmonopolen kommen müssen; aber auch die Wahl der Industriezweige, die durch ein Reichsmonopol für neue Einnahmen herangezogen werden sollen, müsse vorzugsweise aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Gelinge es, durch Betriebszusammenlegungen und etwaige Ersparnisse die Nachteile des öffentlichen gegen den privaten Betrieb aufzuwiegen, oder gar noch eine Verbilligung der Erzeugungskosten herbeizuführen, dann werde es auch möglich sein, die notwendigen finanziellen Mehrerfordernisse in einem Industriezweig ohne Mehrbelastung der Volkswirtschaft zu erzielen.

Zum Schluß wünscht Witting, daß ein guter Geist über der kommenden „Finanzreform" walten möge. Reichsleitung und besitzende Klassen dürften nach den furchtbaren Stürmen dieses Weltenbrandes nicht vergessen, daß jede Steuerpolitik vor allem gerecht sein muß, und für diejenigen in erster Linie zu sorgen haben wird, die das Reich geschirmt und jedem von uns Hab' und Leben gerettet haben.

Damit ist im großen und ganzen ein zutreffendes Bild der zukünftigen Finanzbedürfnisse und der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten gegeben. Verschärfend möchten wir noch betonen, daß die schon heute bestehende Belastung durch Zölle und Verbrauchsabgaben infolge der Kriegsteuerung, die auch nach dem Friedensschluß so bald kaum weichen wird, sehr viel drückender geworden ist als vorher, also um so weniger eine Steigerung verträgt. Geheimrat Witting hat als „Reserven" auf dem Gebiete der indirekten Besteuerung „neue Aufwandarten wohlhabender Kreise" im Auge. Aber es ist sehr fraglich, ob aus dieser Quelle viel geschöpft werden kann, und vielleicht wäre es den bedachten Kreisen sogar lieber, diese Zugabe auch in Form direkter Steuern zu decken, zumal die verhältnismäßig kleinen Summen, die solche Aufwandssteuern bringen könnten, bei allgemeiner Verteilung auf Einkommen und Vermögen nicht schwer drücken können.

Jedenfalls ist der Weg gezeigt, den die zukünftige „große Finanzreform" gehen muß, wenn sie überhaupt die Möglichkeit bieten soll, den ungeheuren Geldbedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden zu decken. Mögen unsere Staatsmänner sich rechtzeitig losmachen aus den Vorurteilen der Vergangenheit und mutig den Weg betreten, der allein zum Ziele führen kann.

Von den Kriegsschauplätzen.

Ueber das Ergebnis des dritten feindlichen Generalangriffs im Westen telegraphiert uns unser Kriegsberichterstatter, Genosse Dr. Adolph Köster aus dem Großen Hauptquartier vom 10. August:

„Nach den beiden gewaltigen Durchbruchversuchen vom 1. und 20. Juli trat der vereinigte Gegner gestern und gestern zum dritten Generalsturm auf der ganzen Somme-Front an. Der beispiellosen Kraftanstrengung unserer unermüdlichen Truppen gelang es, auch diese als endgültig gedachte Entscheidungsschlacht des Feindes in erbitterte Kämpfe aufzulösen und die deutsche Linie durch tapfere Gegenangriffe zu halten. Nordöstlich des Ornesonthales drangen die Engländer in das Dorf Guillemont ein, wurden aber hinausgeworfen. Bei Pozieres toben noch schwere Kämpfe. Oestlich Autreite sind alle englischen Versuche, aus der ehemaligen Schanze Leipzig gegen das Gehöft La Maisonette vorzudringen, abgeschlagen, ebenso wenig hatten die Franzosen auf der Südfront irgend einen nennenswerten Erfolg. Starke Angriffe ihrerseits gegen Maurepas wurden blutig niedergeschlagen. Zwischen Hem und Eley versuchten sie vergeblich, an die Straße Albert—Bapaume heranzukommen.

Während der erste Generalsturm der Verbündeten eine wirkliche Einbeulung unserer Front, der zweite den Franzosen wenigstens nördlich Hem und westlich Vermandovillers eine Geländegewinn einbrachte, kann der dritte Sturm als gänzlich gescheitert betrachtet werden. Das ist der schlagende Beweis für die Konsolidierung der deutschen Front in den neubezogenen Stellungen, an welchen auch gelegentliche örtliche Gewinne des Feindes mit verschwenderischer Ueberfülle an Menschen und Material unseren Gegnern nichts ändern können.

Gleichzeitig mit dem Generalsturm an der Somme rafften sich die Franzosen bei Verdun noch einmal zu einem allgemeinen heftigen Vorstoß auf, welcher den unerträglich engen Feuerring der Deutschen wenigstens an einigen Stellen lockern sollte. Im Bergwald, im Wald von Louaps und Fumin stürmten sie verzweifelt mehrere Male gegen unsere Linie an. Hier wie im Südteil des Dorfes Fleury ohne einen Erfolg! An der Werk Thiaumont sind heftige Nahkämpfe im Gange."

Ein Sonderberichterstatter der „Kölnischen Zeitung" an der Westfront gibt Bemerkungen des Stabschefs der Armee, welche die deutschen Stellungen an der Somme verteidigt, wieder. Danach ist die eigentliche Krisis der großen englisch-französischen Offensive vorüber. In der Somme-Gegend war die Ueberraschung, die sich in den ersten Tagen auf die deutschen Linien warf, ungeheuer eine gewaltige. Dann aber war die herangeführte deutsche Armee, vorzüglich die Artillerie, stark genug, um siegreichen Widerstand zu gewährleisten. Noch eine kommende kleinere örtliche Erfolge machen den Erfolg des Ganzen nicht aus. Die Angriffe sind noch immer außerordentlich schwer. Ueber kurz oder lang werden aber die Gegner einsehen müssen, daß sie ein sinnloses Hinmorden ihrer Volkskraft verüben. Bei den Franzosen ist die Erschöpfung zweifellos schon viel größer als bei den Engländern. Entschieden ernten wir an der Somme jetzt die Früchte unserer Verdun-Offensive. Hätten die Franzosen bei ihren Angriffen mehr Reserven zur Verfügung gehabt, so wäre die Lage entschiedener gefahrlicher gewesen. Jetzt stehen wir der weiteren Entwicklung ruhig gegenüber. Wir sind auf Alles, was kommt, gefaßt und vorbereitet.

Wegen der Lage auf den übrigen Kriegsschauplätzen verweisen wir auf die amtlichen Kriegsberichte, aus denen besonderes nicht hervorzuheben ist.

*

Wien, 10. August. (Amtlich.)

Russischer Kriegsschauplatz.

Front des Feldmarschalleutnants Erzherzog Karl.

Auf den Höhen südlich Zabie wiesen österreichisch-ungarische Truppen einen russischen Angriff unter schweren feindlichen Verlusten ab.

Mit der Armee des Generalobersten von Köveß trat der Gegner gestern nur im Raume von Delatyn in schärfere Gefechtstätigkeit.

Nördlich von Nizniow griffen die Russen wieder vergeblich an. Sie wurden überall, an mehreren Stellen im Nahkampf, geworfen.

Front des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Südlich von Jalacze sind seit heute früh neue Kämpfe entbrannt. Westlich und nordwestlich von Dzal verhielt sich der Gegner nach den schweren Niederlagen vom 8. dies. Mts. ruhiger. Dagegen trieb er südlich der von Sarny nach Kowel führenden Bahn abermals seine Massen bei Tag und bei Nacht zum Angriff über den Stochod vor. Seine Sturmkolonnen brachen meist schon vor unseren Hindernissen zusammen. Sie erlitten dadurch schwere Niederlagen. Die Verluste sind wieder sehr groß.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Entsprechend der durch die Nähmung des Brückenkopfes von Görz eingetretenen Lage wurde die Stadt aufgegeben und nach kurzer Abwehrung neuerlicher italienischer Angriffe auf der Hochfläche von Doberdo die gebotene Verkürzung unserer Stellungen vom Feinde ungestört durchgeführt. In diesem Raume nahmen unsere Truppen in den letzten Tagen 4100 Italiener gefangen. Beim Einbruch des Gegners in den Görzer Brückenkopf konnten 6 unserer Geschütze nicht mehr geborgen werden.

Gestern rüttelten sich die stärksten Anstrengungen der Italiener gegen den Südrand von Plava. Nach 12stündigem Artilleriemassenfeuer griff die feindliche Infanterie Zagora viermal, die Höhen östlich von Plava dreimal an. Alle diese Stürme brachen sich am festen Widerstand unserer Truppen, unter denen sich Abteilungen der Infanterie-Regimenter Nr. 22 und 52 neuerdings auszeichneten. An der Tiroler Front scheiterten mehrere Angriffsversuche des Feindes in den Dolomiten und Angriffe auf unsere Stellungen im Pasubio-Gebiet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Belang.

Ereignisse zur See.

Der Besuch der italienischen Großkampfflugzeuge in Fiume am 1. d. Mts. wurde in der Nacht vom 9. auf den 10. von unsern Geschwadern, zusammen 21 Seeflugzeugen, in Venedig erwidert, wo sie das Arsenal, Bahnhof, militärische Objekte und Fabrikanlagen mit Bomben im Gesamtgewicht von 3½ Tonnen mit verheerendem Erfolg belegten. Ein Dutzend Brände wurde hervorgerufen, davon zwei von sehr großer Ausdehnung bei der Baumwollfabrik und in der Stadt, die noch auf 25 Meilen Entfernung sichtbar waren. Das heftige Abwehrfeuer der Batterien war ganz wirkungslos. Alle Flugzeuge sind unversehrt eingerückt.

Gegen Frankreich und Belgien.

Französischer Generalstabsbericht

vom Mittwoch nachmittag: Nördlich der Somme versuchten die Deutschen heftige Gegenangriffe gegen die von den Franzosen gestern und vorgestern nördlich des Gehölzes von Hem eroberten Stellungen. Diese im Feuer gebrochenen Versuche kosteten die Deutschen schwere Verluste. Sie wurden zurückgeschlagen, ausgenommen an einem Punkte, wo sie einen Schützengraben wieder eroberten, der durch einen französischen Angriff größtenteils wiedergenommen wurde. Das Vordringen der Franzosen in Stücken, welche die Deutschen besetzt hatten, geht mit Hilfe von Handgranaten lebhaft weiter. Zwischen dem Gehölz von Hem und dem Flusse beschossen die Deutschen mit schwerem Geschütz Stellungen, welche die Franzosen ausbauen. In Gegend von Chaulnes dauert der Artilleriekampf, besonders zwischen Lihons und der Bahn nach Chaulnes kräftig fort. Dort drangen die Deutschen an einem Punkte in vorgeschobene französische Grabenstücke ein, aus denen sie unverzüglich mit dem Bajonett herausgeworfen wurden. Auf dem rechten Maasufer dauerte der Kampf um Thiaumont einen Teil der Nacht über an. Nachdem zahlreiche deutsche Angriffe abgewiesen wurden, faßten die Deutschen dort erneut Fuß, während die Franzosen weiterhin die nächsten Zugänge zum Werke besetzt halten, das ihre Artillerie energisch unter Feuer nahm. Im Dorfe Fleury machten die Franzosen mit Handgranaten einige Fortschritte. Sie schlugen nach lebhaften Kämpfen einen deutschen Angriff auf einen ihrer Schützengräben im Walde von Vaux und Chapitre ab. — Luftkrieg: Ein französischer Flieger verfolgte ein feindliches Flugzeug südlich Luneville und zwang es, vor den französischen Linien zu landen, wo die Artillerie es zerstörte. An der Maas-Front lieferten französische Flieger zahlreiche Kämpfe. Sechs deutsche, ernsthaft getroffene Flugzeuge gingen jäh in ihren Linien nieder. Ein deutscher Fesselballon wurde zerstört. In der Nacht zum 9. August warfen französische Flieger Geschosse auf die Pulverfabrik Rottweil am Neckar. Hundertundfünfzig Kilogramm auf die Gebäude abgeworfener Explosivstoffe riefen dort Brände und Explosionen hervor. Abteilungen von zwanzig und dreißig französischer Flieger flogen über die Vogesen und den Schwarzwald. Im Laufe derselben Nacht warfen französische Geschwader 44 Geschosse auf die Bahnhöfe von Audun-le-Roman, Longuyon und Mont Medy und 88 auf die Eisenbahnstrecke von Tergnieres nach dem Bahnhof von Lafere.

Mittwoch abend: Nördlich der Somme eroberten wir einen Graben nördlich des Gehölzes von Hem, wo der Feind in der letzten Nacht Fuß gefaßt hatte, vollständig zurück. Wir machten dabei fünfzig Gefangene. In der Gegend nördlich des Gehölzes von Hem, wo für uns ein günstig verlaufener Kampf entbrannt ist, dauern unsere Fortschritte an. Auf dem rechten Maasufer große Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien im Abschnitt von Thiaumont, Fleury, Vaux, Chapitre und Le Chenois; keine Infanterietätigkeit. Auf dem übrigen Teile der Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht: Unsere Geschütze jeden Kalibers nahmen des Vormittags die Zerstörung der feindlichen Arbeiten in der Gegend von Dixmuiden mit Erfolg wieder auf.

*

Englische Berichte.

Amtlicher Bericht des Generals Haig: Wir rückten nördlich von Pozieres etwas weiter vor. Der Feind beschoß gestern nacht heftig unsere Schützengräben. Beim Vorsprung von Ypern unternahm er einen starken Angriff, der wenig Erfolg hatte. Der Feind war nicht imstande, in unsere Linien einzudringen.

Nordwestlich von Pozieres rückten die Australier ihre Linien zweihundert Yards in einer Front von sechshundert Yards vor.

*

Englischer Luftangriff in Belgien.

Die englische Admiralität teilt mit: Bei Tagesanbruch griffen Marineflugzeuge unter starkem Feuer die feindliche Luftschiffhalle in Evere bei Brüssel an. Sie wurde aus einer Höhe von 200 Fuß erfolgreich mit Bomben belegt. Man sah, wie acht Bomben die Halle trafen, aus der dichte Wolken weißen Rauches emporstiegen. Unsere Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Gegen Rußland.

Russische Kriegsberichte.

vom 9. August nachmittags. Westfront: In der Gegend östlich von Swiniuchy eroberten unsere Truppen durch einen Handstreich einen Teil der feindlichen Schützengräben und nahmen dabei 13 Offiziere und ungefähr 600 Mann gefangen. Am Koropiec-Fluß warfen wir den Feind aus dem befestigten Werk. Unsere Truppen besetzten das linke Ufer des Flusses bis zur Mündung in den Dnejstr. Südlich des Dnjestr verfolgten die Truppen des Generals Letschitzky den Feind weiter und warfen ihn nacheinander aus einer Reihe von Dörfern und Höhen, die er besetzt hatte. Sie erreichten den Tlumacz-Fluß, einen Nebenfluß des Dnjestr. Am 8. August um 6 Uhr abends eroberten unsere Truppen die Stadt Tysmienica. Die Gesamtzahl der von den Truppen des Generals Letschitzky im Laufe der Kämpfe am 7. August gemachten Gefangenen beträgt 28 Offiziere und 7400 Soldaten, darunter 3500 Deutsche. Die Zahl von 2000 Deutschen war in dem Bericht vom 8. August gemeldet. Ferner nahmen sie 5 Geschütze, darunter drei schwere, 63 Maschinengewehre, Munitionswagen und Bombenwerfer. — Kaukasus: Westlich von Gümütschthane nahmen unsere Truppen, nachdem sie die Türken von der beherrschenden Höhe vertrieben, 5 Offiziere, darunter einen Bataillonskommandeur, sowie 38 Askaris gefangen und erbeuteten Waffen. Ein Angriffsversuch der Türken in der Gegend von Kighi, 40 Kilometer südlich von Mamacghatun wurde angehalten. Unsere Truppen griffen an und warfen den Feind aus seiner Stellung. Sie besetzten das Dorf Hogoh (?) Halagos südlich von Kighi. In der Gegend von Musch, Bitlis, Wan, Urmia, Sinneh und ebenso zwischen Kermanschah und Hamadan finden heftige Kämpfe statt. In der Gegend von Musch und Bitlis zogen wir uns unter dem Druck des Feindes gegen Norden zurück.

Abendbericht. Westfront: Am Koropiec-Fluß warfen unsere Truppen, nachdem sie den Fluß überschritten hatten, den Feind auf dem rechten Ufer und besetzten eine Reihe von Höhen westlich von Weleszniow gegen Süden hin zur Dnjestr-Front an der Eisenbahn Hizniow-Monasterzyska. Beim Zurückgehen zerstörte der Feind seine Linien. Der Gegner machte hier zwei Gegenangriffe, welche wir abwiesen, indem wir selbst zum Angriff übergingen. Wir machten dabei 5 Offiziere und 414 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten ein Geschütz und Maschinengewehre. In der Gegend von Tysmienica kamen unsere Vorhuten etwas weiter nach Westen vor, in der Richtung Stanislau.

Gegen England.

Ueber die Wirkung der Luftangriffe auf England.

in den Nächten vom 28. zum 29. Juli, vom 31. Juli zum 1. August und vom 2. zum 3. August wird aus Berlin geschrieben:

Lincoln: Zwei Fabriken schwer beschädigt, eine im Bau befindliche Halle, in der ein Remontedepot untergebracht war, völlig zerstört; der größte Teil der Pferde kam in den Flammen um. Die Bahnlinie nach Chesterfield wurde an mehreren Stellen unterbrochen. Bei Reepham, 20 Kilometer südwestlich von Cromer, wurden das Eisenbahngebäude und die Anlagen schwer beschädigt. An der Humber-Mündung wurde der Leuchtturm zerstört und verschiedene Brände beobachtet. Ein kleiner Kreuzer mit drei Schornsteinen und einem Mast wurde durch eine Bombe getroffen und schwer beschädigt. Unterhalb von Grimsby wurden zwei Schuppen, die Munition enthielten, völlig zerstört. Zwischen Grimsby und Cleethorpe wurden die Hafenanlagen und Gebäude und vor allem in der Nähe von Cleethorpe ankernde Fahrzeuge sehr schwer beschädigt. In Immingham, Grimsby und Spurn Head wurde schwerer Schaden angerichtet. Die in Hull angerichteten Beschädigung gehen in die Millionen. Mehrere Waffen- und Munitionsfabriken, sowie sonstige Anlagen von militärischer Bedeutung wurden zerstört, besonders bei Sputh-Bridge-Road, King Street, Masu-Streat und Princeß Dock. Die Eisenbahnstation Newjoint und Dockanlagen wurden schwer beschädigt. Unter der Bevölkerung brach eine Panik aus, als sie erkannte, daß die Abwehr-Batterien gegen die Luftschiffe vollkommen ohnmächtig waren und der Hafen in Immingham wegen der bedeutenden Schäden, die in den Docks und Kohlenlagern angerichtet wurden, gesperrt wurden. Die Bahnlinie der Great Central Railway zwischen Norwich und Yarmouth wurde an verschiedenen Stellen durch Bomben getroffen und beschädigt. Nordwestlich von Norwich auf der Bahnlinie Norwich—North Walshem und in der Eisenbahnhalle wurden beträchtliche Zerstörungen angerichtet. In der Nähe von Watton, 30 Kilometer westlich von Norwich, wurde eine Reihe von Schuppen durch Bomben zerstört. Südlich von Cambridge wurde eine große Fabrikanlage in Brand gesetzt. Die Scheinwerferbatterie bei Great Yarmouth wurde zerstört, desgleichen die Abwehrbatterie vernichtet. In Harwich brannte eine im Bau befindliche Luftschiffhalle nieder. In Dover wurden die Wellington-Docks getroffen. Brandbomben wurden auf die Luftschiffhalle im Nordosten Dovers beobachtet. Woolwich und Umgebung wurschwer beschädigt. Verschiedene Munitionsfabriken sind getroffen. Eine in der östlichen Vorstadt Londons zur Hülsenfabrikation benutzte Spinnerei wurde vollständig vernichtet. Ueber 1000 Männer und Frauen sind hierdurch beschäftigungslos geworden. Mehrere große Themsebrücken, darunter die Laufbrücke Tower-Bridge, wurden beschädigt. In den Docks wurden mehrere Magazine und Anlegebrücken vollständig zerstört und dort ankernde Schiffe zum Teil schwer beschädigt. In einem Dock wurden zahlreiche Schiffe, darunter ein großer englischer Frachtdampfer, die Lebensmittel für die Truppen nach Frankreich bringen sollten, verbrannt. Durch die Ballon-Abwehrgeschütze wurden viele Personen teilweise schwer verletzt. Auf der Themse wurde ein Torpedoboot durch eine Bombe versenkt. Die Bomben fielen ferner an der Themse zwischen Northend und Erith, bei den Dollwall-Docks und bei Deptford nieder. Im Orked bei London wurden zwei Munitionsfabriken vernichtet. Die Umgebung der Fabriken stand noch am nächsten Tage in Flammen.

*

Grey gegen die Erschießung Fryatts.

Grey ersuchte in einer Note an den amerikanischen Botschafter in London durch Vermittlung seiner Regierung der deutschen Regierung mitzuteilen, daß die englische Regierung einen scharfen Protest gegen die Erschießung des englischen Kapitäns Fryatt einzulegen beabsichtige. Fryatts Erschießung sei ein Justizmord an einem englischen Untertan, der als Kriegsgefangener in die Hände der deutschen Regierung gefallen sei, und unter Umständen erfolgt, die mit dem Völkerrecht und den Kriegsgebräuchen direkt in Widerspruch ständen. Aus Informationen, die im Besitz der englischen Regierung seien, gehe unzweifelhaft hervor, daß das Verfahren gegen Fryatt unter Umständen geführt worden sei, welche die in Frage kommenden Behörden in sehr ungünstiges Licht stellten, abgesehen von der Tatsache, daß dem Botschafter der Vereinigten Staaten auch keine Zeit gegeben worden sei, zugunsten des Angeklagten die nötigen Schritte zu tun. Die deutsche Regierung habe selbst einen Offizier zur Verteidigung bestellt, ohne dem amerikanischen Botschafter Gelegenheit zu geben, einen geeigneten Verteidiger zu stellen. Die ungewöhnliche Hast, mit der das Urteil vollstreckt worden sei, beweise zur Genüge das Schuldbewußtsein der deutschen Behörde. Die Gründe, die die deutsche Regierung angegeben habe, z. B. daß es unmöglich sei, die Zeugen, deren Erklärungen von größter Wichtigkeit seien, nämlich die Offiziere und Mannschaften des in Frage kommenden U-Bootes, länger vom Dienst entfernt zu halten, könnten unter den angegebenen Umständen nur als unglaublich nichtig bezeichnet werden.

Gegen Italien.

Ein italienisches Kriegsschiff in die Luft geflogen.

Das „Petit Journal" meldet: In Turin verlautet, daß der Ueberdreadnought „Leonardo da Vinci" im Hafen von Tarent in die Luft geflogen ist. Es sei noch unbekannt, ob die Katastrophe, die sich zu bestätigen scheint, durch Zufall oder durch ein feindliches Torpedo während eines Gefechtes mit einem feindlichen Geschwader verursacht wurde. — „Leonardo da Vinci" hatte 22 500 Tonnen Wasserverdrängung, etwa 1000 Mann Besatzung in Friedenszeit und war erst 1913 vom Stapel gelaufen.

Der Balkankrieg.

Entente-Vorschriften für Griechenland.

Der „Temps" meldet aus Athen: Die Gesandten der alliierten Mächte unterrichteten die griechische Regierung, daß ihre Regierungen die Höhe der Lebensmittel-Einfuhr folgendermaßen festgesetzt haben: Getreide und Mehl 36 000 Tonnen monatlich, Zucker 2000, Mais 3000, Kohlen 25 000 Tonnen. Darin sind die von der Marine und dem Staat benötigten Mengen nicht einbegriffen. Reis 17 000 Sack monatlich. Die Kaffee-Einfuhr ist bis auf weiteres ganz untersagt, weil noch bedeutende Bestände im Lande seien.

Der Seekrieg.

Ein großer englischer Dampfer torpediert.

Die „National Tidende" meldet aus Bergen, daß der große englische Dampfer „Jupiter", dessen Ankunft bereits am letzten Freitag erwartet wurde, wie jetzt angenommen wird, von einem deutschen Unterseeboot torpediert worden ist.

*

U-Boot-Gefahr im Mittelmeer.

Nach schweizerischen Blättermeldungen aus Paris hat sich die Unterseebootsgefahr im Mittelmeer seit zwei Wochen sehr gesteigert. Mehrere Dampfer werden als überfällig gemeldet. Man vermutet, daß neue deutsche U-Boote sich beständig im Mittelmeer aufhalten, um den Truppentransporten aus Saloniki und Marseille aufzulauern. Die französische Regierung beschloß neuerdings in Uebereinstimmung mit den Regierungen Englands und Rußlands, solchen Frachtdampfern einen verstärkten Schutz durch Kriegsschiffe, die die Transportdampfer begleiten sollen, angedeihen zu lassen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier 11. Aug. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme haben farbige und weiße Engländer vereinzelt und ergebnislos angegriffen. Ebenso mißlang der oftmals wiederholte Ansturm französischer Truppen hart nördlich des Flusses gegenüber dem standhaften Festhalten sächsischer Reservetruppenteile.

Im übrigen sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung zu berichten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Zwischen Wischniew-See und Smorgon sowie in der Gegend nordöstlich von Krewo sind zahlreiche schwache russische Angriffe mühelos abgewiesen worden.

An der Stochod-Front beschränkte sich der Gegner nach seinen Niederlagen in den letzten Tagen im allgemeinen auf lebhafte Artillerietätigkeit. Von ihm versuchte Teilangriffe östlich des Nobel-Sees, bei Lubiszow und südlich von Zarecze sind nicht geglückt. Die südlich von Zalocze eingeleiteten Kämpfe haben größere Ausdehnung angenommen. Der russische Angriff, der zwischen Bialoglowy und Horodyszcze zunächst Boden gewann, wurde durch deutschen Gegenstoß zum Stehen gebracht.

Starke Angriffe des Feindes in Gegend von Troszianiez wurden blutig abgewiesen. Seine Versuche, am Sereth sowie bei Horodyszcze Vorteile zu erlangen, sind restlos gescheitert.

Front des Feldmarschalleutnants Erzherzog Karl.

Südwestlich von Monasterzyska sowie im Winkel des Dnjestr und der Bysterzyca griffen starke russische Kräfte an. Der Ueberlegenheit des Gegners mußte der tapfere Verteidiger an einzelnen Stellen nachgeben. Gegenangriffe fingen den feindlichen Ansturm wieder auf und brachten den Kampf zum Stehen.

Die im Gange befindliche Umgruppierung der verbündeten Truppen, die ausgeführt wurde, um den russischen Kräfteverschiebungen Rechnung zu tragen, ist in weiterer Durchführung.

In den Karpathen bemüht sich der Feind südlich von Zabie vergebens, uns die errungenen Vorteile wieder zu entreißen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südlich des Doiran-Sees unternahm der Gegner mit schwachen Abteilungen einzelne Scheinangriffe, die ohne ernstlichen Kampf durch unser Feuer abgewiesen wurden.

Oberste Heeresleitung.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Heeresbericht

vom 19. August. An der Irakfront keine Ereignisse von Bedeutung. Die feindlichen Lager, die sich bei Massirich an der Euphratfront befinden, wurden durch unsere überraschenden Angriffe beschädigt, wobei wir dem Gegner Beute entrissen. In Persien fährt unsere Armee an der russischen Front fort, mit ihrem rechten Flügel den Feind in der Richtung auf Hamadan zu verfolgen. Der Feind versuchte energisch, sich im Engpaß östlich Sakna zu verteidigen, aber er wurde gezwungen, sich nach Kankaver zurückzuziehen. Er ließ eine Anzahl von Gefangenen, zwei Munitionswagen, Bespannung für acht Kanonen und eine große Menge anderer militärischer Gegenstände in unseren Händen. Eine feindliche Haubitze wurde durch das Feuer unserer Artillerie zerstört. Gefangene erklärten, ein französischer General sei von Anfang an mit der Befestigung des Engpasses östlich von Kankaver beauftragt gewesen. Kaukasusfront: Am rechten Flügel fahren unsere Truppen fort, gegen die Engpässe nördlich Bitlis und Musch vorzurücken. Die von uns gegen die feindlichen Stellungen in der Umgegend der Ortschaft Ognott, nordöstlich Musch, ungefähr 80 Kilometer von Erzerum, begonnene Offensive nimmt für uns einen günstigen Fortgang. Ein Teil unserer Truppen nahm in heftigen Stürmen den Hügel Bughlan auf der Hochfläche Melagan zwischen Musch und Ognott. Ebenso die Hügel Tscheli-Geul und Tscheli-Gesl, 2 Kilometer östlich von Ognott, und die feindlichen Stellungen östlich der genannten Ortschaft in einer Ausdehnung von 8 Kilometer. Bei diesen Kämpfen nahmen wir dem Feind 400 Gewehre, eine Menge Munition und Pioniermaterial ab. Auch machten wir 140 Gefangene. Ein anderer Teil unserer Truppen, der 46 Kilometer südlich Mamachatun in der Richtung auf Kighi operierte, nähert sich der letzteren Ortschaft. Im Zentrum und am linken Flügel entwickelte der Feind gestern keine wichtige Tätigkeit. — An der ägyptischen Front fand kein Ereignis von Bedeutung in der Gegend von Katia statt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 11. August.

Der Frontsoldat an den Daheim-Eroberer.

Man glaubt es dir ja gern: du bist
Idealist;
wie käme sonst so wilder Ton
aus deiner Redaktion?!
Wir, die wir hier im Hagel stehn,
drei gegen zehn,
wir an der Front, von Glut umhüllt,
wir lächeln: Gut gebrüllt!
Wir fühlen: Mann, dein Mut, dein Kampf
ist Krampf!
So wahr du gut geborgen bist:
hier wärst du Realist!
Glaubst du uns nicht? So rühr dich, komm
ein Stündchen an die Somme!
Steig aus deinem Federbett —
nimm's Bajonett!
Sei einmal aller Phrasen bloß,
im Sturm geh' los!
Ahnst du, was Trommelfeuer ist,
Idealist!?
Nur einen Tag bewähr' dich hier —
so folg ich dir!

Peter Scher im „Simpl."

Die Kriegswaisenversicherung der Volksfürsorge, die Gelegenheit gibt, auf dem Wege der Versicherung Kindern Lehrgeld-, Militärdienst- oder Aussteuerbeihilfen zu schaffen, kann allen Kriegerfrauen mit gutem Gewissen empfohlen werden. Wenn im einzelnen Falle das Eingehen der Verpflichtung einer regelmäßigen Prämienzahlung für die Mutter oder für sonstige Freunde von Kriegswaisen nicht möglich ist, so ist in Verbindung mit der Kriegsversicherungskasse ein geeigneter Weg möglich gemacht.

Wenn für einen Kriegsteilnehmer bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge ein oder mehrere Anteilscheine gelöst werden, so steht nach Schluß des Krieges der Familie des im Kampfe gefallenen Kriegsteilnehmers eine Versicherungssumme in einer Höhe zu, die in den meisten Fällen ganz, in anderen Fällen sicher zum größten Teil ausreichen wird, um für die hinterbliebenen Kriegswaisen die zum Abschluß einer Kriegswaisenversicherung bei der Volksfürsorge notwendige einmalige Prämienzahlung leisten zu können. Auf diese Weise ist es möglich, für die Zahlung von 5 Mk. oder 10 Mk. nach Beendigung des Krieges den Abschluß von Kriegswaisenversicherungen ohne weitere Prämienzahlungen zu ermöglichen.

Die Freunde der Volksfürsorge im Reiche möchten wir ganz besonders auf diesen Weg hinweisen. Jede Arbeiterfamilie, deren Ernährer im Felde steht, wird nach dem Krieg eine Sicherstellung der Kinder mit Freuden begrüßen, und keine Familie sollte deshalb versäumen, wenn es ihr irgend möglich ist, durch die Beteiligung bei der Kriegsversicherungskasse sich für den Fall des Todes ihres Ernährers die leichte Durchführung einer Kriegswaisenversicherung zu ermöglichen.

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Abteilung für Männer und jugendliche Arbeiter, Parade 1, berichtet über die Tätigkeit im Monat Juli folgendes: Es meldeten sich 207 Arbeitsuchende (Juni 158), 388 (208) offene Stellen wurden gemeldet und 137 (98) Stellen besetzt. Alle Zahlen zeigen eine Steigerung gegen den Vormonat. Besonders sind die offenen Stellen um 180 gestiegen. Dies zeigt bei Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitsuchenden, wie empfindlich sich der Mangel an Arbeitskräften bemerkbar macht. In der Landwirtschaft, Gärtnerei usw. sind von 28 gemeldeten offenen Stellen, 18 Stellen besetzt. Die Erwartung, daß die Landwirtschaft großen Bedarf an Erntearbeitern anmelden würde, hat sich nicht bestätigt. Durch die Beschäftigung der Kriegsgefangenen und durch umfangreiche Beurlaubungen von Militärpersonen scheint der Bedarf zumeist gedeckt zu sein, so daß die Unterbringung von Landarbeitern (von den in Frage kommenden Arbeitsnachweisen wurden 230 landwirtschaftliche Arbeiter im Juli gezählt, während 102 Stellen besetzt wurden) auf Schwierigkeiten stößt. In der Metallindustrie konnten von 24 gemeldeten offenen Stellen nur 1 Stelle besetzt werden. Im Holzgewerbe ist der Mangel an Tischlern immer noch nicht zu beseitigen. Von 17 offenen Stellen konnten 12 erledigt werden. Von diesen entfallen 7 auf die Kistennaglerei. Bauhandwerker aller Art wurden für militärische Bauten angefordert. Es wird der Versuch gemacht, diese Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Maschinisten, Heizer und Fabrikarbeiter werden immer gesucht. Die Erledigung dieser Aufträge scheitert zumeist an dem Mangel geeigneter zuverlässiger Arbeitskräfte. Von 41 offenen Stellen konnten nur 18 erledigt werden. Im Handelsgewerbe werden tüchtige kaufmännische Kräfte besonders für Eisenwaren und für Spedition immer noch gesucht. Immerhin konnten 7 Stellen besetzt werden. Für sonstige Lohnarbeit waren 270 offene Stellen gemeldet. 133 Stellen konnten nur besetzt werden. Insbesondere werden Erdarbeiter, Lagerarbeiter und Platzarbeiter gesucht. Um diese Aufträge, die zum Teil im militärischen Interesse liegen, wenigstens teilweise, erledigen zu können, wird versucht werden, Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen. Freie Berufsarten (Bureaugehilfen, Krankenwärter) wurden 7 vermittelt. Im Monat Juli wurden 52 Kriegsverletzte in Beschäftigung gebracht und zwar in der Landwirtschaft 6, als Gartenarbeiter 1, Tapezier 1, als Tischler und Holzarbeiter 6, als Kistenmacher 7, Schlachter 1, Barbier 1, Maurer 2, Zimmerer 1, Fabrikarbeiter 3, Handlungsgehilfen 3, Boten 4, Kranführer 2, Aufseher 1, Krankenwärter 1, Telephonist 1, Packer 1, Erdarbeiter 2, Kutscher 2, Arbeiter 3, Lagerarbeiter 1, Bureaugehilfen 2.

Die weibliche Abteilung, Mengstraße 28, wurde im Juli 1916 von 879 Arbeitsuchenden (Juli 1915: 459) in Anspruch genommen. 288 offene Stellen wurden gemeldet (Juli 1915: 192), von denen 210 (Juli 1915: 172) besetzt werden konnten. Diese Zahlen lassen auf eine weniger günstige Arbeitsmarktlage als im Vorjahre schließen — erfreulicherweise aber mit Unrecht. Unter den Arbeitsuchenden waren 352 Kriegerfrauen, die neben der Reichsunterstützung einen Nebenverdienst suchen. Sie waren fast sämtlich bis Ende Juni mit Heimarbeit (Nähen von Wäsche und Sandsäcken für Militär) beschäftigt und mußten dann vorübergehend mit der Arbeit aussetzen. Fast in allen Berufsgruppen war eine lebhaftere Nachfrage als im Juli 1915 festzustellen. In der Landwirtschaft stieg das Angebot von 13 auf 24, die Nachfrage von 22 auf 30 und die Zahl der Vermittlungen von 29 auf 25. In der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel besserte sich die Arbeitslage erheblich. Von 71 in derartigen Fabriken tätig gewesenen Arbeiterfrauen erhielten 54 (1915: 4) durch Vermittlung des Nachweises Arbeit. Wäscherinnen fragten in geringer Zahl an, nämlich 20 (Juli 1915: 30) desgleichen ging die Nachfrage von 29 auf 13 zurück. Außerordentlich und über Erwarten lebhaft war die Nachfrage für die Badeorte. Mit einem derartig starken Besuch, wie er schon im Juli einsetzte, hatten Hotel und Pensionsinhaber nicht gerechnet und nicht genügend Personal angenommen. Es hielt außerordentlich schwer, Angebote und Nachfrage einigermaßen in Einklang zu bringen. Erschwerend für die Vermittlung dorthin kamen die Paßvorschriften hinzu. Von 75 offenen Stellen (Juli 1913: 41) wurden 57 (Juli 1915: 35) besetzt bei 64 Angeboten (Juli 1915: 43) Stellungsuchender. — Für gut empfohlene Dienstboten war es unschwer Stellung zu erhalten. Die Zahl der sich Meldenden ging im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres etwas zurück, jetzt 234, (Juli 1915: 272), während die Nachfrage in diesem Jahre um ein Weniges reger war: es liefen 96 Anfragen ein (Juli 1915: 84). Im Handelsgewerbe ruhte die Nachfrage fast gänzlich. Kontoristinnen und Verkäuferinnen waren in großer Zahl beschäftigungslos. Von 28 Gesuchen (1915: 16) konnten nur 3 (1915: 5) durch Vermittlung ihre Erledigung finden.

Seife — die keine ist. Die amtlichen Mitteilungen der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise veröffentlichen folgende Bekanntmachung:

„Seifen-Ersatzmittel dürfen nicht als Seife verkauft werden.

In Zeitungen und Fachzeitschriften werden häufig Seifen-Ersatzmittel in einer Form angekündigt, daß der Leser annehmen muß, es handle sich nicht um Ersatzmittel, sondern um Seife, indem zu den mehr oder weniger geschmackvollen Phantasienamen z. B. zugesetzt wird: „Jederzeit ohne Seifenkarte", „Toilettenseife" oder ähnliches.

Es wird sich empfehlen, daß die Preisprüfungsstellen auch diesen unlauteren Machenschaften ihre Aufmerksamkeit schenken und gegebenenfalls die nötigen Maßnahmen zur Einleitung eines Strafverfahrens treffen. Dazu können wir mitteilen, daß der Verband der Fabrikanten von Markenartikeln, Berlin W. 15, Uhlandstraße 27, sich bereit erklärt hat, solche Ankündigungen, da sie meistens auch gegen die §§ 3 und 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb verstoßen und deswegen auf Antrag strafbar sind, seinerseits zu verfolgen. Den Preisprüfungsstellen kann daher geraten werden, sich in solchen Fällen wegen der Strafverfolgung auf Grund des unauteren Wettbewerbsgesetzes unmittelbar an den genannten Verband zu wenden.

Anschließend sei bemerkt, daß auch die Preise, die für eine Gruppe von Seifen-Ersatzmitteln, die aus mehr oder minder gereinigtem Ton hergestellt sind, vielfach ganz ungerechtfertigt hoch sind. Zum Anhalt für die Preise von Ton diene die Angabe einer Fabrik, die uns mitteilt, daß allerfeinster geschlämmter Kaolinton, wie er z. B. von den Waschpulverfabriken für Seifenersatz verwendet wird, kaum mehr als 6—7 Mark für 100 Kilogramm kostet."

Im „Drogenhändler" wird darauf hingewiesen, daß ein Muster eines Seifenersatzes, das 100 Gramm wog, nach vier Wochen nur noch 5 Gramm Gewicht hatte, ohne gebraucht worden zu sein. „Das Stück war schön weiß und sehr gefällig, doch nur zum schnellen Verkauf geeignet." Es ist klar, daß diese 95 v. H. Gewichtsverlust Wasser waren, das verdunstete und das der Käufer teuer als Seife bezahlen mußte. Das Oeffnen des Hahns einer Wasserleitung ist jedenfalls ein billigeres und weniger umständliches Verfahren, sich mit Wasser zu waschen.

Selbstmordversuch und Krankenkassenleistung. Die Frage, ob ein Selbstmörder nach mißglücktem Selbstmordversuch Anspruch auf Gewährung von Krankengeldern hat, hatte das preußische Oberverwaltungsgericht seinerzeit bejaht, indem es davon ausging, daß die „Absicht" des Versicherten darauf gerichtet sein müsse, sich die die Arbeitsunfähigkeit bedingende Krankheit zuzuziehen, wenn § 192,2 Reichsversicherungsordnung Platz greifen solle. („Die Kasse kann Mitgliedern das Krankengeld versagen, wenn sie sich eine Krankheit vorsätzlich . . . zugezogen haben.") Dies sei bei einem Selbstmordversuche nur dann der Fall, wenn der Versicherte gewußt habe oder habe wissen müssen, daß das von ihm zur Herbeiführung des Todes gewählte Mittel nicht unmittelbar den Tod, sondern überhaupt oder zunächst eine Erkrankung zur Folge haben würde. Abgesehen hiervon beabsichtigte der Selbstmörder, seinen Tod, nicht aber seine Erkrankung herbeizuführen. Im Gegensatz hierzu entschied das Reichsversicherungsamt, daß gemäß § 192,2 Reichsversicherungsordnung in einem solchen Falle der Verletzte gegen die Kasse besondere Ansprüche nicht erheben kann, und zwar aus folgenden Gründen: „Absicht" bedeutet die Richtung des Willens auf ein bestimmtes Ziel, das erreicht werden soll. Sie geht somit weiter als der „Vorsatz", der auch diejenigen Tatumstände und Ereignisse umfaßt, die der Täter zwar nicht als sein Endziel beabsichtigt, wohl aber zur Erreichung des von ihm beabsichtigten Erfolges in seinen Willens- und Vorstellungsbereich mit aufgenommen hat. Der Selbstmörder weiß und hält sich vor Augen, daß er, um sein Vorhaben zu erreichen, die Unversehrtheit seines Körpers angreifen muß. Wer sich selbst töten will, hat mit Notwendigkeit auch den Vorsatz, sich körperlich zu verletzen. Deshalb hat er auch eine gegebenenfalls nur teilweise Zerstörung oder Beschädigung des Körpers in seine Vorstellung aufgenommen und gewollt, wenngleich der vorgestellte Haupterfolg, die völlige Zerstörung der körperlichen Unversehrtheit und die dadurch bedingte Vernichtung des Lebens, nicht eingetreten ist. Wird er durch die Verletzung krank, so liegt eine vorsätzliche Körperverletzung vor, als deren Folge Krankheit eintritt. Das muß zur Anwendung des § 192 Nr. 2 Reichsversicherungsordnung genügen.

Vermißte Zivilpersonen. Zum Zwecke der Nachforschung nach deutschen Zivilpersonen ist eine besondere Reichskommission gebildet worden, die jetzt einen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit veröffentlicht. Es ist natürlich, daß die Inanspruchnahme der Zentralauskunftsstelle, die anfangs bis zu 250 Personen allein mündlich im Tage beschieden hatte, im Verlauf der weiteren Kriegsmonate infolge der besseren Postverbindung geringer wurde. Doch war auch weiterhin noch gewaltige Arbeit zu leisten. Gibt doch der Bericht für die Zeit vom September 1914 bis März 1916, also für 19 Monate, nicht weniger als 117 547 mündliche und schriftliche Anfragen an, das sind durchschnittlich monatlich mehr als 6000. Insgesamt mußten 21 935 Anträge durch Einzelnachforschungen erledigt werden, worunter allein 13 992 auf Rußland entfielen. Von Anträgen auf Entlassung von Zivilgefangenen nach der Heimat, die auf Grund des zwischen der deutschen und den feindlichen Regierungen getroffenen Abkommens unter bestimmten Voraussetzungen möglich sind, wurden 2673 bearbeitet. Eine besondere Arbeit ist unter anderem aus der Weiterleitung der Briefsendungen von deutschen Zivilgefangenen in Frankreich entstanden. Briefe und Karten betrugen vom November 1914 bis zum März 1916 nicht weniger als 131 498 Stück, also monatlich nahezu 8000. Der anfangs auch zu dem Arbeitsfeld der Reichskommission gehörige Geldüberweisungsdienst wurde schließlich wegen Ueberbürdung dieser Stelle am 31. Dezember 1915 von der Zentralauskunftsstelle abgetrennt.

Die Konservenfabrikation eine Gefahr für unsere Volksernährung. Die Herstellung von Dauerwaren ist offenbar für unsere Volksernährung von der allergrößten Bedeutung. Nicht nur im Haushalte der einzelnen Familie spielt die Möglichkeit, Nahrungsmittel dauernd frisch zu erhalten, eine wichtige Rolle, sondern auch auf unser gesamtes Wirtschaftsleben übt die gewerbsmäßige Konservierung von Lebensmitteln einen großen Einfluß. Gegenwärtig zeigt sich dies besonders deutlich auf dem Obst- und Gemüsemarkte. Durch die Konservenindustrie werden riesige Mengen von Frischgemüsen und Obst dem Markt entzogen, wodurch die Preise ganz ungeheuer in die Höhe getrieben werden. Darum empfiehlt sich als eine dringende Forderung die Festsetzung von Höchstpreisen für Gemüse- und Obstkonserven. Nahrungsmittel dürfen in dieser harten Zeit, in der jede Preisbewegung einseitig nur den Besitzer der Ware begünstigt, nicht der Gegenstand spekulativer Ausnutzung sein. Die Konservenfabriken haben sich im Preis der Frischware gegenseitig getrieben und schon damit die Ware ganz gewaltig verteuert. Benützen sie selber den Umstand, daß sich infolge künstlicher Knapphaltung der Ware der Privathaushalt nicht so wie sonst versorgen konnte, auch noch dazu, die konservierte Ware im Preis entsprechend zu steigern, dann entsteht eine zweite Etappe künstlicher Verteuerung, die dem Verbraucher aufs neue aufgeladen wird. Dem sollte unter allen Umständen vorgebeugt werden. Auch für die weitere Gestaltung des Frischgemüse- und Obstmarktes wäre damit schon viel gewonnen, denn in demselben Maße wie durch die Festsetzung von Höchstpreisen die Aussicht spekulativer Verwertung aufgespeicherter Gemüse- und Obstkonserven geschwächt würde, würde auch der zum Schaden der verbrauchenden Bevölkerung ungesund forcierte Gemüse- und Obsteinkauf der Konservenfabriken auf ein erträglicheres Maß gebracht werden. Zu der Festsetzung von Höchstpreisen müßte auch noch eine Beschränkung der Obst- und Gemüsemengen hinzukommen, die zur Herstellung von Konserven verwandt werden dürfen, unter gleichzeitiger Lösung der darüber hinausgehenden Kontrakte, die seitens der Konservenfabriken mit den Obst- und Gemüseerzeugern abgeschlossen worden sind.

Eine stark verweste Leiche wurde gestern mittag bei der Hüxtertor-Allee aus dem sog. Düker, der Verbindung der Wakenitz mit dem Krähenteich, gezogen. Es handelt sich um eine alte Dame, die in einer Stiftung in der Glockengießerstraße wohnte und seit April d. Js. verschwunden war. Anscheinend liegt Selbstmord vor, da die Verstorbene solche Absichten geäußert haben soll.

pb. **Entwendete Heringe.** Aus einem unterhalb der Fleischhauerstraße am Kanal hingestellt gewesenen mit Heringen beladenen Eisenbahnwagen sind ungefähr ein halbes Faß Heringe gestohlen worden.

Schlußtag. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen — Sonnabend — von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde", statt.

Altona. Hütet eure Zunge! Ein Schneidergeselle aus Elmshorn machte vor einiger Zeit auf einer Bahnfahrt von Barmstedt nach Elmshorn im Gespräch mit Soldaten allerlei törichte Bemerkungen über den Krieg. So riet er ihnen, zum Feinde überzulaufen und bemerkte dann, Liebknecht habe recht, wenn er gesagt habe: „Nieder mit Deutschland, England hoch!" Es fand sich ein Angeber, der den redseligen jungen Mann, der in Elmshorn nirgend ernst genommen wird, anzeigte, und die Folge war, daß ihm der Prozeß wegen Aufreizung gemacht wurde. Die hiesige Strafkammer verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis. Beantragt war eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren.

Pinneberg. Milchverfälscher. Wegen Milchverfälschung verurteilte das Pinneberger Schöffengericht den Milchhändler Hushahn in Quickborn zu einer Geldstrafe von fünfhundert Mark. H. lieferte Milch nach Hamburg-Altona, die fortgesetzt stark mit Wasser durchsetzt war. Es wurde festgestellt, daß zu 100 Teilen Milch 60 Teile Wasser gegossen wurden. Der Amtsanwalt beantragte einhundert Mark Geldstrafe, das Gericht hielt jedoch eine härtere Bestrafung für am Platze.

Aus der Partei.

Verhaftungen. Am Mittwoch mittag ist Genosse Emil Eichhorn, nach vorausgegangener Durchsuchung seines Arbeitsplatzes, im Sozialdemokratischen Pressebureau von zwei Kriminalbeamten verhaftet worden. — Der Sekretär des Zentralvorstandes für Groß-Berlin, Genosse Weise, ist am Tage vorher in Haft genommen worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. August. Ein feindlicher Flieger warf in der Nacht vom 8. zum 9. dieses Monats mehrere Bomben auf Rottweil in Württemberg ab. Ein Wohnhaus wurde getroffen, mehrere Personen verletzt. Militärischer Schaden entstand nicht.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preußische Verlustliste Nr. 603.
Bayerische Verlustliste Nr. 286.
Sächsische Verlustliste Nr. 313.
Württembergische Verlustliste Nr. 437.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt"

Bekanntmachung
betreffend den Höchstpreis für den Kleinhandel mit Kartoffeln.

Von heute ab bis zum 20. August 1916 darf beim Kleinhandel mit Frühkartoffeln ein Preis von 10 Pfg., in der Zeit vom 21. bis 31. August 1916 ein solcher von 9 Pfg. für 1 Pfd. nicht überschritten werden.

Wer den zulässigen Höchstpreis überschreitet, wird auf Grund des § 6 des Höchstpreisgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. (3829

Lübeck, den 11. August 1916.

Das Polizeiamt.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck
Ortsgruppe Moisling.

Am 8. August starb unsere treue Genossin
Marie Hintze.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 13. August vormittags 11 Uhr, in Genin statt. Sammeln der Genossinnen und Genossen um 10 Uhr im „Kaffeehaus".
Um zahlreiche Teilnahme ersucht
3825) **Der Vorstand.**

Carl Hans Kühl
Bodenleder (3818
zum Einkaufspreis nur mit 7 Prozent (kein Ausschnitt)
Grundpreise vom 1. Sept. Mk. 3.— per kg. amtlich ermäßigt.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64. 3814
Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Hüxstr. 123. ! Geschäftsveränderung ! Hüxstr. 123.
Mit dem heutigen Tage wird das Zigarren- und Zigarettengeschäft Hüxstr. 123 — Renner — unter der Leitung des Herrn F. K. Oldenburg als meine Filiale übernommen u. fortgesetzt. Die **Auswahl in Zigarren u. Zigaretten** wird jetzt eine **bedeutend größere** u. wird auch **jetzt dort zu den bekannten konkurrenzlos billigen Preisen verkauft werden.**
G. Grundmann. Zigarren- und Zigarettenvertrieb **Lübeck,** Schüsselbuden 18. Telephon 418. 3826

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Zahlstelle Lübeck.
Als treuer Sohn des Heimatlandes fielen unser treues Mitglied, der Brauer
Hubert Bierwagen
und der Bierfahrer
Wilhelm Görs.
Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.
3822) **Der Verstand.**

Nach langen schweren Leiden entschlief am Dienstag 2½ Uhr nachmittags in ihrem 58. Lebensjahre meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter (3823
Mariane Hintze
geb. Steinmacher.
In tiefer Trauer
C. Hintze und Familie.
Moisling, Hardenbergstr. 43.
Beerdigung Sonntag, den 13. August, vorm. 11 Uhr, zu Genin.

Taschenuhren
Wanduhren
Goldwaren
Silberwaren
Verlobungsringe
Willi Westfehling,
Holstenstraße 32 Uhren- u. Goldwaren-Reparatur-Werkstatt 32 (3821

Der Verkauf der Rindernknochen
findet von **8—11** und **2—7** Uhr statt.
Paul Lohrmann,
Hundestraße 95.
3820)

Stadthallen-Sommertheater 3386
Freitag, 11. August 1916:
Unter der blühenden Linde.
Sonnabend, 12. Aug. 1916:
Nachmittags 7 Uhr
Eintritt 20 Pfg.
17. Volkstüml. Konzert
Abends 8¼ Uhr:
Neuheit! Neuheit!
Der gute Vogel
Lustspiel v. Max Bernstein.
Sonntag, 13. August 1916:
Unter der blühenden Linde.

Volksküche. 3817
Sonnabend, 12. August: Grießsuppe, Pellkartoffeln, Hering und Zwetschenkompott.
Sonntag, 13. August: Fleischsuppe mit Nudeln, Ochsenfleisch, Kompott und Kartoffeln.
Montag, 14. August: Haferflockensuppe, Ochsenfleisch, Kohl und Kartoffeln.

Kaninchenzucht-Verein für Lübeck und Umgegend von 1895
Die **nächste** Versammlung findet **erst** am **19.** August 1916 statt.
3816) **Der Vorstand.**

Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Dr. med. Dornseifer
erkrankt. 3819
Keine Sprechstunde.

Verkauf von Marmeladeeimern
Betzgroße, Marmelade-Gewicht, Lutz, vormittags. 3827

Frisches Schweinefleisch
Frisches Hammelfleisch
Karl Labrtz, Bäckerstr. 14-16 3825

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Otto Albers Markt 4. Leinwandstr. 10.
3. Bettfedern-Barchent 12.50 M. an, Federn per Pfd. v. 45 ₰ b. 4 M.
3818) **Rote Lübecker-Marken.**

Praktischer Wegweiser
Empfehlenswerte Geschäfte

Brauereien: Brauerei zur Wälmühle — Hansa-Brauerei A.G. Lübeck. — Trinkt Lübecker Vereins-Bräu — Bavaria-Brauerei
Brauereien: Die Biere der Schloßbrauerei Eid werden überall bevorzugt.
Getränkehandlungen: Adolf Bährich
Fleisch- und Wurstwaren: Julius Schober — Heinrich Kronstein
Zerrenartikel: Heinrich Wallet, Breitestraße, Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Mützen etc.
Schuhwaren: Augustin Popp, 7 Breitestr. 7
Honig: Bienenfleiß — Carl Finger & Co. Lübeck
Lederhandlungen: Carl Ronde, Hundestr. 64, Schuhschnitt, Lederartikel, Pelz-Gerberei — Heinr. Schröder, Gandersstraße 7, Schuhlederzuschnitt
Weine: Wilhelm Rohfohl, Untertrave 125, Telephon 627, vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen
Mineralwass.-Spiritus.: Trinkt den überall beliebten: Krummesser Korn-Kümmel
Thüringer Wurstfabrik: August Scheere, liefert das Feinste in allen Wurstwaren.
Wurstfabrikation: Fleischwaren-Fabrik Emil Aland, Guter Aufschnitt u. Wurst
Eutin: Mews Mühle, Mühlenfabrikate
Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu, Aktienbierbrauerei Lübeck
Küknitz: Gasthof Stadt Lübeck, J. Faase, empfehlenswertes Lokal.
Mölln: C. Ahrens, Bäckermeister.
Ratzeburg: Ratzeburger Aktien-Brauerei
Schwartau: L. Schaap, Manufakturwaren u. Konfektion, Arbeitergarderoben, Nähmaschinen

Nr. 187
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag,
den 11. August 1916

Der Sieg der Verständigungsgegner.

Von Erich Kuttner.

Die Tagung des Nationalrats der französischen sozialistischen Partei hat mit einem Sieg der ministersozialistischen Mehrheit, der Sembat, Renaudel u. s. f., geendet, die zwar gegen eine erhebliche Minderheit, aber mit dennoch sicherer Mehrheit (1820 gegen 1075 Stimmen) ihre Politik durchzusetzen vermochten. Sachlich bedeutet das Resultat: Ablehnung einer Verständigung mit der deutschen Sozialdemokratie, Ablehnung einer Aktion zugunsten des Friedens, völliges Festhalten an dem Eroberungsziel Elsaß-Lothringens.

Die zurzeit vorliegenden telegraphischen Berichte sind noch dürftig und ergeben in Einzelheiten kein völlig klares Bild, aber die Grundzüge der Tagung stehen ziemlich fest, und das Feststehende genügt, um ein Bild von der Politik der französischen Mehrheit zu geben, das erschreckend wäre, wenn es überraschend käme, das aber vielleicht noch niemals so klar und plastisch deren Grundcharakter aufgedeckt hat.

Wenn wir dies hervorheben, so brauchen wir dabei keineswegs zu befürchten, daß einzelne Genossen aus unserer Verurteilung der französischen Mehrheitspolitik das billige Argument schöpfen: „Seht, dieser französische Chauvinismus gibt der deutschen Mehrheit nur das Spiegelbild ihrer eigenen Stellung.“ Die deutsche Parteimehrheit kann sich mit ruhiger Gewißheit sagen, daß sie mit der Politik der Sembat und Renaudel auch nicht das mindeste gemein hat, es sei denn einzig und allein die Anerkennung der Pflicht, daß angegriffene Vaterland zu verteidigen. Aber in allem weiteren trennen sich die Wege und gerade die letzte Tagung des Nationalrats gibt einen deutlichen Beweis dafür, daß, wenn überhaupt eine Parallele zwischen Frankreich und Deutschland gezogen werden soll, diese von der deutschen Parteimehrheit zur französischen Parteiminderheit führt, die französische Parteimehrheit würde ebenso rechts davon bleiben, wie sich zeigen würde, daß Bestrebungen, die denen der deutschen Parteiminderheit parallel sind, in Frankreich fast gar keinen Boden haben.

Der Beweis ist gerade in diesem Falle außerordentlich leicht und zwingend zu führen. Denn wir kennen wenigstens inhaltlich die Resolution der französischen Parteiminderheit — den Wortlaut hat die französische Zensur unterdrückt. Und was fordert diese Resolution? Wiederanknüpfung der Beziehungen mit der deutschen Sozialdemokratie, Einwirkung auf die alliierten Regierungen zwecks Einleitung von Friedensverhandlungen, schließlich reinen Verteidigungskrieg ohne jede Annektion. Würde ein solcher Antrag auf einer deutschen Sozialistentagung eingebracht worden sein, wer zweifelt, daß die deutsche Mehrheit sich restlos hinter diese Forderungen gestellt hätte?! Aber wir brauchen diese Frage ja nicht einmal aufzuwerfen, denn die bisher befolgte Politik der Mehrheit zeigt ja auf Schritt und Tritt, daß die deutsche Parteimehrheit bereits seit zwei Jahren, nämlich seit Kriegsbeginn, im Sinne der französischen Minderheitsresolution tätig ist. Den dokumentarischen Beweis liefert jene Materialsammlung, die der deutsche Parteivorstand der Haager Neutralen Konferenz überreichte. Es ist eigentlich garnicht zu bezweifeln, daß zwischen der deutschen Parteimehrheit und der französischen Parteiminderheit jeden Augenblick eine Verständigung erzielt werden kann.

Aber was unterscheidet nun die deutsche Mehrheit von der Politik der Sembat und Renaudel?

Die gesamte Tätigkeit der französischen Ministersozialisten basiert auf einem einzigen Satz: Frankreich ist das angegriffene Unschuldslamm, der nichtsahnende friedfertige demokratische Staat, während Deutschland der brutale Angreifer, der gierige Eroberer, der Urheber aller Grausamkeiten und Unterdrückungen ist. — Und weil mit diesem einen Satz die ganze Politik der französischen Mehrheit steht und fällt, hat er für sie die Unantastbarkeit eines Dogmas erlangt, an dem zu rütteln oder auch nur zu zweifeln Vaterlandsverrat und schwarze Sünde ist.

Gewiß, auch die deutsche Sozialdemokratie erklärt, einen Verteidigungskrieg zu führen. Sie bleibt sich aber dabei bewußt, daß die Kriegsursachen zum Teil noch recht dunkel, zum Teil sehr tiefliegender Natur sind, daß gerade an den entscheidenden Stellen das subjektive Urteil eine große Rolle spielt, daß die Einschätzung diplomatischer Noten und ihrer Wirkung niemals absolut sicher erfolgen kann, daß in der Weltgeschichte leider nicht das Experiment angestellt werden kann, wie es wohl gekommen wäre, wenn der und der anders gehandelt hätte, kurz und gut: sie erkennt auch den Sozialisten der gegnerischen Länder den guten Glauben zu, wenn sie ihr Vaterland zu verteidigen behaupten.

Aber gerade hier weigert sich die französische Mehrheit, ein Gleiches zu tun. Sie verlangt strikt und bündig von den deutschen Genossen, daß sie ihr Dogma vom unschuldig überfallenen Frankreich mit Haut und Haaren schlucken. Sie sind taub gegen alle Einwendungen, sie verstopfen die Ohren, wenn man von Frankreichs Bündnispolitik mit dem zaristischen Rußland, von der Hetze der französischen Revanchepolitiker redet, — zwei sicherlich nicht unerhebliche Kriegsursachen. Sie müssen es tun, denn in dem Augenblick, wo sie zugeben, daß Frankreichs Unschuld eine zum mindesten anfechtbare oder überhaupt mit Gründen antastbare Sache ist, stürzt ihre ganze Politik gegenüber der deutschen Sozialdemokratie und der Internationale in nichts zusammen, jene Politik, für die Renaudel auf der Tagung die Formel geprägt hat: „Für Frankreich Sieg, für Deutschland Revolution!“

Man stelle sich einmal vor, die deutsche Mehrheit nähme den Standpunkt Renaudels ihrerseits ein, was mit Wilhelm Busch zu reden, angenehmer und dazu auch viel bequemer ist! Wie würde da ein internationaler Kongreß aussehen, auf dem sich die französischen und deutschen Delegierten gegenseitig anschrieen: „Wir, wir hatten vollkommen recht, unser Land zu verteidigen, aber als die Sozialdemokratie des Landes der Angreifer, Ihr mußtet auf den Straßen die Revolution ausrufen!“ So bequem dieser Standpunkt ist, wenn man seine Politik im eigenen Lande verteidigen will, so unmöglich und hindernd steht er einer internationalen Wiederverständigung im Wege.

Die deutsche Sozialdemokratie hat deswegen von vornherein ein solches Pharisäertum abgelehnt und damit die Möglichkeit der von ihr auch stets angestrebten Wiederverständigung weit offen gehalten. Aber die französische Sozialdemokratie (wir reden hier immer von der Mehrheit) beharrt auf dem Standpunkte, den auch der schwedische Sozialistenführer Branting auf der Haager Konferenz vertrat, daß einer Verständigung mit der deutschen Partei eine gründliche „Abrechnung“ vorausgehen müsse, wenn nicht gar ihr Standpunkt noch radikaler ist als der Brantings.

Wenn jetzt wieder die französische Partei die Wiederaufnahme der Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie schroff abgelehnt hat, so bedeutet das zum mindesten, daß die deutsche Sozialdemokratie erst in Sack und Asche Buße tun und demütiglich vor versammelter Internationale dafür Abbitte leisten soll, daß getan zu haben, was die französischen Mehrheitsgenossen als ihre heilige Pflicht bezeichnen.

Hier muß mit Ruhe und Energie gesagt werden, daß die deutsche Sozialdemokratie zu einem solchen Schritt niemals zu haben sein wird. Sie braucht nicht erst zu betonen, nachdem sie dreimal einen solchen Versuch veranlaßt hat, daß ihr die Wiederherstellung der Internationale eine hohe und heilige Aufgabe ist. Aber sie kennt auch den Wert ihrer eigenen geistigen und organisatorischen Kräfte, die 50jährige Arbeit in ihr aufgespeichert haben, und dies Bewußtsein gibt ihr die Sicherheit, bis zu dem Augenblick abzuwarten, in dem ein Wiederaufbau der Internationale ohne Scherbengericht erfolgen wird. Und wir glauben, daß dieser Zeitpunkt trotz der Haltung der französischen Mehrheit und gewisser mit ihr sympathisierender Neutraler nicht allzuferne ist.

Die deutsche Mehrheit unterscheidet sich also von der französischen in folgenden Punkten: sie erstrebt internationale Verständigung, die Franzosen lehnen sie ab, sie sucht die Regierung im Sinne einer Friedenspolitik zu beeinflussen, die Franzosen lehnen dies ab, sie tritt für einen baldigen ehrenvollen Frieden ein, die Franzosen für Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschland, sie verlangt einen Frieden ohne Annektionen, die Franzosen haben auf ihrer letzten Tagung die Rückeroberung Elsaß-Lothringens wiederum zum Kriegsziel erhoben.

Ob Sembat zur Verteidigung seiner Politik sich wirklich auf „die deutschen Grausamkeiten“ berufen hat, ob Renaudel wirklich, wie ein Bericht angibt, das Hohe Lied Rußlands sang, mag ruhig dahingestellt bleiben. Festgestellt werden muß als wichtigstes Resultat der Tagung des französischen Generalrats, daß es nur ein wirkliches Hindernis für den Wiederaufbau der Internationale gibt: das ist die französische Mehrheit. Und daran ändern auch alle Süßigkeiten nichts, mit denen die Neutrale Haager Sozialistenkonferenz den Franzosen diesen Vorwurf überzuckert hat.

*

Havas meldet aus Paris: Der Parteiausschuß der sozialistischen Partei nahm, wie bereits kurz mitgeteilt, am Montag nachmittag folgenden von Renaudel abgefaßten Antrag an:

In voller Uebereinstimmung mit seinen früheren Entscheidungen versichert der Parteiausschuß der französischen Partei seine Entschlossenheit, seine ganze Kraft weiterhin der Landesverteidigung zu weihen bis zur Befreiung des vom Feinde besetzten Gebietes und bis zur Wiederherstellung eines freien unabhängigen Belgiens und Serbiens. Sie weist den gefährlichen Zimmerwalder und Kienthaler „Divisionismus“ von neuem zurück und verurteilt als antisozialistisch jegliche These, die nicht das Recht einräumt, sich für die Verteidigung eines angegriffenen Landes einzusetzen. Sie versichert, daß es Pflicht des internationalen Sozialismus ist, die angreifende Regierung ausfindig zu machen, damit sich die Kraft der Proletarier aller Länder gegen sie wenden kann, und so die Völker vor der Entfesselung und einer langen Dauer eines künftigen Krieges bewahrt bleiben. Unter dem Eindrucke der Motion des Kongresses vom Dezember 1915 stellt sie das Anwachsen der Bestrebungen bestimmter Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie fest, sich von der imperialistischen Politik zu befreien; sie erinnert aber auch daran, daß die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen von ihr an Bedingungen geknüpft worden ist, die sich noch nicht erfüllten. Verschiedene Sektionen der Internationale haben ihre Kongresse noch nicht gehalten und haben daher die in den Verhandlungen des Dezember-Kongresses beschlossene Zustimmung zu folgenden von der Internationale selbst festgelegten Grundsätzen noch nicht bekundet:

1. Verurteilung des Imperialismus und der Eroberungspolitik, 2. Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Rechtes vergewaltigter Nationalitäten und Nationalitätenparteien, sich ihre Verfassung selbst zu geben, 3. Protest gegen die Verletzung des Völkerrechts sowie des Rechtes der unter Garantie Europas gestellten Neutralen. 4. Untersuchung und Bekanntmachung der Verantwortlichkeit für die Ursachen des Krieges und Forderung von Garantien für die Herstellung eines dauerhaften Friedens, 5. Anerkennung des Verteidigungsrechtes des Proletariats des angegriffenen Landes und der Pflicht des internationalen Proletariats, diese Anstrengungen zu unterstützen.

In Erwartung der Möglichkeit, auf Grund dieser Thesen die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen, beschließt der Parteiausschuß, so bald wie möglich eine Versammlung der Sozialisten der verbündeten Länder zu organisieren, in der die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen eines dauerhaften Friedens genauer festgelegt werden sollen, dem die Sozialisten sodann Geltung zu verschaffen suchen werden.

Der Parteiausschuß ersucht die Partei und alle ihre Vertreter, von der Regierung feste und bestimmte Erklärungen über die Kriegsziele Frankreichs zu erhalten.

Je stärkeren und anhaltenderen Beistand der französische Sozialismus der Landesverteidigung leistet, um so eher hat er das Recht und die Pflicht, von der Regierung zu verlangen, daß sie ihren Willen nach einem dauerhaften Frieden deutlich bekundet, einem Frieden, der begründet ist auf der Wiederherstellung des im Jahre 1871 verletzten Rechtes, auf der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der unterdrückten Nationen, unter denen Polen in erster Reihe steht, auf der formellen Ablehnung jeglicher Annexion und der Sicherung des Völkerrechts und des internationalen Schiedsgerichts.

Der Parteiausschuß beauftragt ferner seine Vertrauensmänner, von den Regierungen Maßnahmen zu fordern, die in Erfüllung der übernomenen Verpflichtung die Führung des Krieges entschiedener gestalten sollen zur Erlangung eines raschen und entscheidenden Sieges. Der Parteiausschuß zählt auf seine Delegierten in der Regierung und der nationalen Verteidigung, daß sie fortfahren, ihren Druck auf die Beratungen der Regierung auszuüben, um die militärische und diplomatische Aktion Frankreichs und der Verbündeten zu einer energischeren und vollständigeren Organisation zu bringen.“

Die Abstimmung über den Antrag Renaudels fand paragraphenweise statt. Er wurde mit einer Mehrheit von 1824 Stimmen genehmigt. Die Minderheit enthielt sich der Abstimmung.

Der Ausschuß genehmigte dann eine Tagesordnung zur Einberufung einer Konferenz aller sozialistischen Fraktionen der Verbündeten im Dezember und beschloß, daß auf dieser Konferenz nur wirtschaftliche Fragen behandelt werden sollen, die in den Friedensvertrag aufgenommen werden. Der Ausschuß beschloß weiter, die Behandlung der gegen verschiedene Parteimitglieder wie Herve, Blanc, Raffin-Dugens, Brizon beantragten Maßnahmen auf die Zeit nach dem Kriege zu verschieben. Die Tagung des Ausschusses ist damit geschlossen.

Die Neutralen im Haag.

Von Wilhelm Jansson.

Die Haager Konferenz neutraler Sozialisten liegt in ihren Ergebnissen nunmehr vor uns und wir können untersuchen, ob sie ihren Zweck, dem Frieden zu dienen, erfüllt hat oder nicht.

Leider muß die Antwort negativ ausfallen. Die im Haag versammelten Genossen haben es an langen Resolutionen nicht fehlen lassen. Dem Frieden werden sie damit kaum gedient haben.

Mein Onkel Benjamin.

Erzählung von Claude Tillier.

39. Fortsetzung.

Und wo befindet sich dieses Michelskreuz?

Am Corvoler Wege, auf der Spitze der Beuvronvorstadt. Ihr Freund müßte sehr schwer zu befriedigen sein, wenn ihm dieser Platz nicht zusagen sollte: von dieser Stelle genießt er eine Aussicht, die einer Majestät würdig wäre. Vor sich sieht er die Sembertsberge mit ihren rebenbeladenen Terrassen und ihren großen Kahlköpfen, welche im Nacken den Fracewald tragen. Zu einer anderen Jahreszeit wäre der Anblick freilich schöner; aber ich kann nicht mit einem Hauche den Frühling herzaubern. Zu den Füßen der Berge drängt sich die Stadt, mit ihren tausend Rauchfederbüschen, die im Winde schwanken, zwischen ihren beiden Flüssen durch und klettert die kahlen Abhänge des Crot-Pinson empor, wie ein Mensch, den man verfolgt. Wenn Ihr Freund einige Anlage zum Zeichnen hat, kann er sein Album mit dieser Aussicht bereichern. Zwischen den hohen Giebeln, die mit dunklem Moose Stücken Samt gleichen, erhebt sich der Martinsturm, in sein Meßhemd von Spitzen gekleidet und mit seinem Schmucke von Stein geziert. Dieser Turm ist für sich allein eine Kathedrale wert. Zur Seite dehnt sich das alte Münster, das seine im Bogen gesprengten Widerlager mit großer Kühnheit rechts und links aussendet. Ihr Freund wird nicht umhin können, sie einer großen Spinne zu vergleichen, die auf ihren langen Füßen ausruht. Dem Süden zu laufen, wie eine Reihe dunkler Wolken, die bläulichen Morvanberge, und —

Lassen wir den Scherz, wenn's Ihnen gefällig ist; ich bin nicht hierher gekommen, um mir die Zauberlaterne von Ihnen zeigen zu lassen. Auf morgen also am Michelskreuze.

Auf morgen!? — Nur Geduld! so pressiert die Sache nicht, daß sie nicht verschoben werden könnte. Morgen gehe ich nach Dornecy, um ein Faß alten Weines zu versuchen, das Pagina kaufen will; er verläßt sich auf mich, was Qualität und Preis betrifft, und Sie begreifen, daß ich, den schönen Augen Ihres Freundes zulieb, nicht die Pflichten vernachlässigen kann, welche die Freundschaft mir auferlegt. Uebermorgen bin ich zum Frühstück geladen; anständigerweise kann ich doch nicht ein Duell einem Frühstück vorgehen lassen. Donnerstag zapf' ich einen Wasserfüchtigen an; da mich Ihr Freund zum Krüppel machen will, so wäre mir's später unmöglich, die Operation vorzunehmen, und der Doktor Arnold würde sie schlecht ausführen. Für den Freitag — ja, das ist ein Fasttag, ich glaube, da bin ich nirgends versagt, und ich sehe kein Hindernis, Ihrem Freund an diesem Tage den Gefallen zu tun.

Nun muß wohl die Bedingungen annehmen, die Sie stellen; werden Sie mir wenigstens die Gunst erweisen, einen Sekundanten mitzubringen, um mir die langweilige Rolle eines Zuschauers zu ersparen?

Warum nicht? Ich weiß, daß Sie ein Paar Freunde sind, Sie und Herr von Brückenbruch, und es sollte mir leid tun, Sie zu verungleichen. Ich werde meinen Bartscheer mitbringen, wenn er Zeit hat, und Ihnen dies genehm ist.

Unverschämter! machte der Musketier.

Dieser Bartscheer ist ein Mann, der gar nicht zu verachten ist, antwortete mein Onkel; er hat ein Rapier, lang genug, um vier Musketiere aufzuspießen; und im übrigen, wenn Sie mich vorziehen, werde ich mit Vergnügen an seiner Stelle treten.

Ich nehme Sie beim Wort, sagte der Musketier und entfernte sich.

Sobald mein Onkel am nächsten Tage aufgestanden war, holte er Beißkurzens Tintenzeug. Er verfaßte in seinem schönsten Stile und mit seiner reinsten Schrift eine Epistel an den Herrn Minxit, in welcher er ihm auseinandersetzte, warum und weshalb er nicht mehr sein Schwiegersohn werden könne. Mein Großvater, der so glücklich war, sie zu lesen, hat mich versichert, daß sie einen Inquisitionsrichter hätte zum Weinen bringen können. Wenn das Ausrufungszeichen damals noch nicht existiert hätte, mein Onkel hätte es sicherlich erfunden.

Kaum war der Brief eine Viertelstunde auf der Post, so erschien Herr Minxit in Person bei meiner Großmutter, begleitet vom Sergeanten, der seinerseits von zwei Musketen, zwei Florets und seinem achtungswerten Pudel begleitet war.

Benjamin war eben im Begriffe, mit Beißkurz ein Frühstück, bestehend aus einem Heringe und dem erbväterlichen weißen Wein, einzunehmen.

Willkommen, Herr Minxit! rief Benjamin; würde Ihnen ein Stück dieses Meerfisches zusagen?

Pfui! hältst du mich für einen Drescher?

Und Euch, Sergeant?

Ich habe auf solche Dinge verzichtet, seitdem ich die Ehre habe, bei der Musik zu sein.

Aber Euer Pudel, was würde der von diesem Kopfe halten?

Ich danke Ihnen in seinem Namen; aber ich glaube nicht, daß der Meerfisch nach seinem Geschmack ist.

Es ist wahr, ein Hering ist nicht so gut wie ein blangesottener Hecht.

Und ein Kessel voll Karpfen erst, besonders in Burgunder gekocht, unterbrach Herr Minxit.

Ohne Zweifel, sagte Benjamin, ohne Zweifel; Sie könnten sogar einen von Ihrer Hand zubereiteten Hasenpfeffer aufzählen; das hindert jedoch nicht, daß ein Hering vortrefflich ist, wenn man nichts anderes hat. Ei! vor einer Viertelstunde habe ich einen Brief an Sie auf die Post getan; Sie haben ihn wahrscheinlich noch nicht erhalten, Herr Minxit.

Nein, sagte Herr Minxit, aber ich bringe dir die Antwort darauf. Du behauptest, Arabella liebe dich nicht und willst sie deshalb nicht heiraten.

Herr Rathery hat recht, sagte der Sergeant. Ich hatte einen Bettkameraden, der mich nicht leiden konnte, und dem ich seine Liebe mit Wucher zurückzahlte. Unser Haushalt war ein wahres Arrestleben: daheim, wenn der eine Rüben in der Suppe wollte, tat der andere Karotten hinein; in der Schenke, wenn ich Kirschengeist verlangte, ließ er Wachholderschnaps kommen. Wir zankten uns, wer seine Flinte am besten Platz aufhänge. Wenn er einen Fußtritt auszuteilen hatte, so bekam ihn mein Pudel, und wenn er von einem Floh gestochen wurde, so kam er immer von diesem armen Hektor her. Stellen Sie sich vor, daß wir uns eines Tages beim Mondschein schlugen, weil er auf der rechten Seite schlafen wollte, und ich behauptete, er müsse die linke nehmen. Um mich seiner zu entledigen, war ich genötigt, ihn ins Spital zu schicken.

Da habt Ihr wohl daran getan, Sergeant, sagte mein Onkel; wenn die Leute nicht zu leben wissen hienieden, schickt man sie für immer in die andere Welt.

Es ist wohl was Wahres an dem, was der alte Sergeant sagt, erwiderte Herr Minxit. Geliebt werden ist mehr wert als reich sein, denn das ist glücklich sein; auch verwerfe ich deine Bedenklichkeiten durchaus nicht, mein lieber Benjamin. Alles, was ich von dir verlange, ist, daß du fortfährst, wie vordem, nach Corvol zu kommen. Wenn du nicht mein Schwiegersohn werden kannst, so ist das kein Grund, daß du aufhörst, mein Freund zu sein. Du hast nicht nötig, mit Arabella den Zärtlichen zu spielen, Wasser zu ziehen, um ihre Blumen zu begießen und in Bewunderung zu geraten über die Manschetten, die sie mir strickt, oder über die Vorzüglichkeit ihrer Rahmkäse. Wir wollen frühstücken und zu Nacht essen, wir wollen philosophieren und lachen; das ist ein Zeitvertreib so gut wie ein anderer. Du liebst die Trüffeln, ich werde meine ganze Küche damit parfümieren; du hast eine Vorliebe für den Volnay — eine Vorliebe, die ich, beiläufig gesagt, nicht teile — er soll nie in meinem Keller fehlen; wenn du Lust hast zu jagen, so kauf ich dir eine Doppelflinte und ein paar Jagdhunde. Ich bin überzeugt, daß, ehe drei Monate vergehen, Arabella ihren Edelmann satt hat und dich wahnsinnig liebt. Nimmst du an oder nicht? Antworte mir ja oder nein, du weißt, daß ich die Phrasenvergolder nicht leiden mag.

Gut denn! Ja, Herr Minxit, sagte mein Onkel.

Sehr wohl; ich habe nicht weniger von deiner Freundschaft erwartet. Und nun weiter: Du duellierst dich?

Wer Teufels hat Ihnen das gesagt? rief mein Onkel. Ich weiß, daß die Urine nichts Verborgenes für Sie haben; hätten Sie ohne mein Vorwissen meinen Urin untersucht?

Du schlägst dich mit Herrn von Brückenbruch, nichtsnutziger Spottvogel; ihr werdet euch in drei Tagen beim Michelskreuz treffen; und falls du mir den Herrn von Brückenbruch vom Halse schaffst, soll der andere Musketier an seine Stelle treten: du siehst, daß ich gut unterrichtet bin.

(Fortsetzung folgt.)

Die gefaßten Beschlüsse stärken vielmehr die französische Parteimehrheit, das einzige Hindernis einer Verständigung der sozialdemokratischen Parteien in den kriegführenden Ländern.

Die französische Parteimehrheit lehnt beharrlich jedes internationale Zusammenwirken mit den Sozialisten der Zentralmächte ab. Sie weigert sich entschieden, an einer Sitzung des ISB. teilzunehmen, wie sie auch jede Friedensaktion, das heißt auch Friedensverhandlungen, ablehnt, solange das französische Kriegsziel nicht erreicht ist. Dieses Kriegsziel lautet aber: Rückeroberung Elsaß-Lothringens und Zertrümmerung des deutschen Militarismus — selbstverständlich nicht des Entente-Militarismus. Die französischen Sozialisten wollen zwar hinsichtlich Elsaß-Lothringens eine Volksabstimmung in dem zu „befreienden" Lande über die fernere Gestaltung seines Schicksals, aber sie nehmen nach wie vor an der französischen Regierung teil, obgleich diese bisher sich keineswegs auf die Forderung der Volksabstimmung eingelassen hat, sondern sich einzig auf das erwartete Ergebnis der Aktion des französisch-russisch-englischen Militarismus verläßt und Friedensverhandlungen entschieden ablehnt.

Die deutsche Sozialdemokratie, Mehrheit wie Minderheit, hat dagegen seit Beginn des Krieges jederzeit sich zu einer internationalen Verständigung über eine Friedensaktion bereit erklärt. Als der offizielle internationale Sozialismus sich zu einer Verständigung unfähig erwies, hat die deutsche Minderheit die Sache durch Teilnahme an der Zimmerwalder Konferenz und durch eine Sonderaktion im Reichstage zu fördern geglaubt. Die Aktion im Reichstage hat keinen andern Erfolg als die Zersetzung der deutschen Partei, die Lähmung ihrer Arbeitskraft gehabt. Die Zimmerwalder Reise war insofern erfolgreicher, als sie die französische Strömung förderte, die eine internationale Verständigung will.

Die sozialistische Aufgabe der Haager Konferenz wäre es gewesen, einer Verständigungsaktion des internationalen Sozialismus vorzuarbeiten. Dazu wäre es nötig gewesen, den Franzosen klarzumachen, daß ihre Weigerung einer solchen Verständigung im Wege steht und daß es nun endlich Zeit ist, sich auf die gemeinsamen Aufgaben der im ISB. vereinigten Parteien zu besinnen.

Anstatt dessen hat die Haager Tagung das entgegengesetzte Ergebnis gehabt. Die Eröffnungsrede Troelstras wies zwar den richtigen Weg, und auch später hat Troelstra Widerspruch erhoben gegen die Forderung Brantings nach einer „Abrechnung" mit der deutschen Sozialdemokratie. Aber die große Mehrheit der Konferenz ist ihm nicht gefolgt. In Wirklichkeit hat Branting im Haag das durchgesetzt, was er auf der Konferenz der Skandinavier in Kopenhagen vor 1½ Jahren nicht durchzusetzen vermochte: eine antideutsche Stellungnahme der Konferenz. In Kopenhagen traten die Dänen wie auch der Vertreter der schwedischen Gewerkschaften, Lindqvist, den antideutschen Wünschen Brantings in der Kommission entgegen und man beschränkte sich auf eine Beschlußfassung im Sinne der internationalen Kongreßbeschlüsse. Im Haag hat aber der Entente-Standpunkt Brantings gesiegt, wie er ihn im „Temps" und im „Daily Chronicle" wie in seinem eigenen Blatte offen zum Ausdruck gebracht hat: Niederwerfung Deutschlands.

Die politische Resolution der Haager Konferenz beweist das sonnenklar. Sie erhebt eine Reihe von Forderungen, die an sich nicht ihre Sache sind, sondern der Gesamtkonferenz des Sozialismus vorbehalten bleiben müßten. Wenn die Haager Konferenz aber schon glaubte, aktive Forderungen für den Friedensschluß aufstellen zu müssen, dann mußte sie heimlich jede Parteilichkeit vermeiden. Sie hat aber statt dessen lediglich Forderungen an die Zentralmächte gestellt. Sie verlangt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros und Belgiens, die Errichtung des „autonomen Polens", was nebenbei auch der russische Zar verheißt, seitdem er Russisch-Polen an die Zentralmächte verloren hat.

Aber weshalb ist in dem Konferenzbeschluß vom Haag Finnland mit keinem Worte gewürdigt? Man forderte von der deutschen Sozialdemokratie die Anerkennung einer elsaß-lothringischen Frage, die in Wirklichkeit nur in den Kriegszielen Frankreichs vorhanden ist. Aber die Vernichtung der finnischen Selbständigkeit hat die Konferenz ignoriert. Ebenso ist kein Wort über Irland in der Konferenzresolution zu finden. Man sollte doch glauben, daß eine sozialistische Konferenz nicht ganz ohne Interesse der irischen Unabhängigkeitsbewegung gegenüberstehen könnte. Ebenso kunterbunt war die Haager Konferenz hinsichtlich des Schicksals Griechenlands, dessen Neutralität England und Frankreich unter die Füße treten und dessen Teilnahme am Kriege sie zu erzwingen suchen. Und wo ist in den Haager Beschlüssen von Ägypten und Indien die Rede, wo von den deutschen Kolonien, die England und seine Helfer besetzt haben?

Auch finden wir kein Wort gegen die englische Ausschaltung des Völkerrechts der Neutralen zur See. Holland, Norwegen, Dänemark, Schweden sind von England in ihrem völkerrechtlich garantierten Eigenhandel in der schwersten Weise belastet worden, aber die neutralen Sozialisten dieser Länder haben ihre Stimme nicht erhoben! Nur gegenüber Deutschland hatten sie Forderungen. Und als sie sich auf das Protestieren legten, erhoben sie nur Entrüstung wegen der Verhaftung Liebknechts und der Erschießung des englischen Seefranktireurs Fryatt (für die Ermordung deutscher Unterseebootsmatrosen ein sozialistisches Zukunftsziel, daß eine neutrale Konferenz verteidigen muß?!), aber sie schwiegen, als Sir Roger Casement am Galgen enden mußte, sie schwiegen auch über die „Arbeit" der englischen Soldateska in Irland.

Und als sie sich auf das wirtschaftspolitische Gebiet begaben, erlagen sie einer ganz plumpen Täuschung. Sie hofften das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis auf die gleiche Stufe mit dem von der Entente managierten Handelskrieg gegen Deutschland nach dem Kriege. Dieser Handelskrieg ist jedoch aggressiver Art, er muß den fortdauernden Kriegszustand zur Folge haben. Das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis aber ist ein Friedensbündnis, ein Versuch, Zentralasien enger zusammenzuschließen und dadurch auf dem Weltmarkte unabhängiger und konkurrenzfähiger zu machen. Soweit es mit den Entente-Interessen kollidiert, ist es lediglich deutscher Raum, insofern es die Ausbeutung Zentralasiens erschweren geeignet ist. Es ist bedauerlich, daß eine Konferenz neutraler Sozialisten sich dieser Tendenz verschließen und sich somit auch hier zum Sprachrohr der Entente-Interessen machen kann. Ich habe dabei von der Seite der Frage ab, daß das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis eine spezielle Angelegenheit der zentralasiatischen Völker ist, zu deren Sicherung die Gegner im Krieg keineswegs berufen waren. Sie machen sich gegen den neutralen Handelskrieg wenden, denn der geht auch ihre Kinder an, aber die Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland und Österreich-Ungarn betrifft sie nicht.

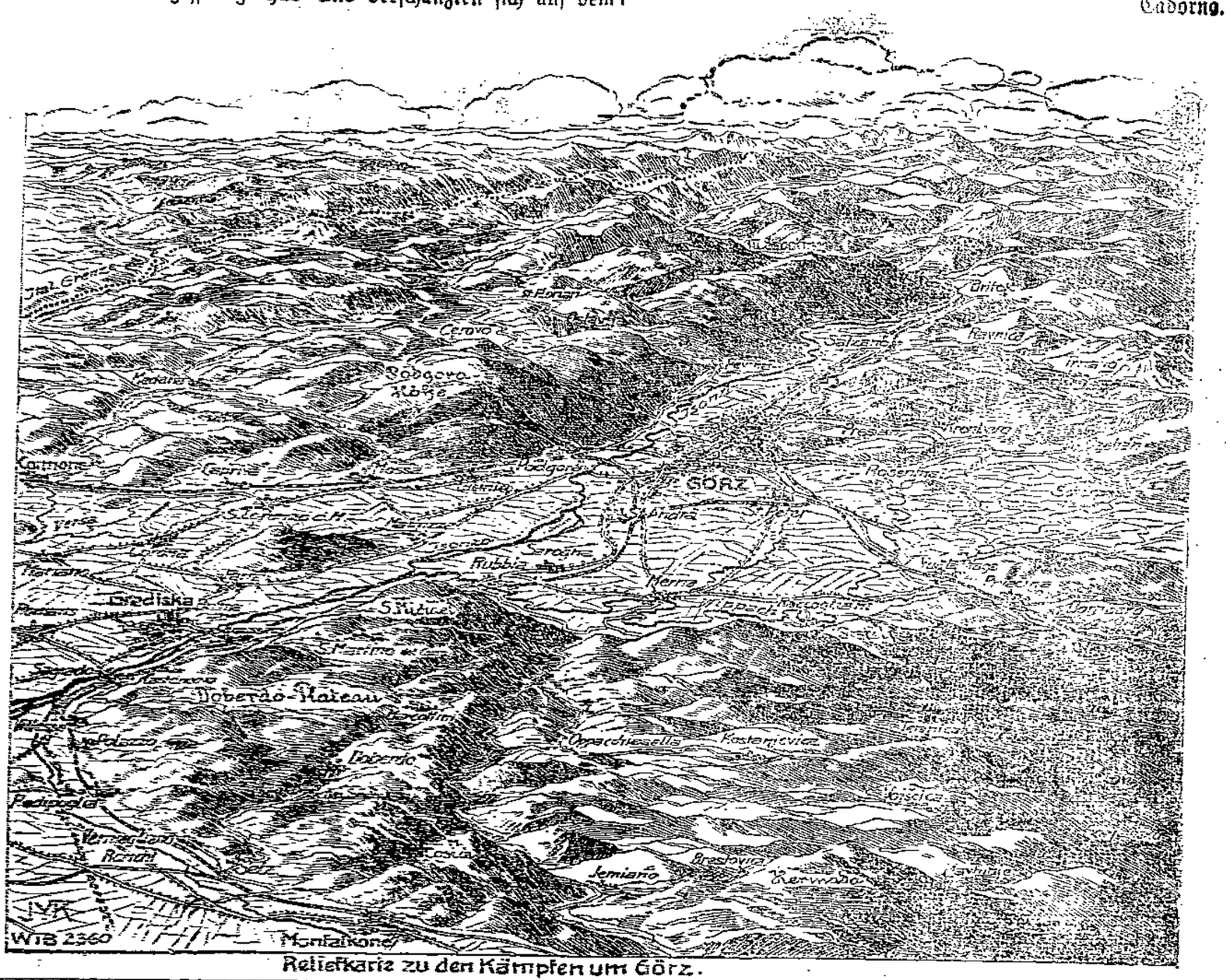
Die Haager Konferenz hat sich weiter veranlaßt gesehen, die Forderung der Zurückziehung aller in Deutschland noch verbliebenen elsaß-lothringischen Frage zu unterlassen. Man will, daß auch einmal verhandelt werde und einzelne Redner forderten sogar die Anerkennung einer elsaß-lothringischen Frage durch die deutsche Sozialdemokratie. Es kann auch keine Rede davon sein, daß der Wille der Franzosen zum Gesetz für die deutsche Sozialdemokratie wird. Die Frage Elsaß-Lothringens bestand für uns nur als brennende Frage noch in Betracht kommen, in jetzt als eine Frage der Vaterlandsliebe entweder, durch die vollständige Entfernung der Franzosen gelöst.

Die Konferenz im Haag hat ihr Ziel nicht erreicht, den internationalen Sozialismus wieder einheitlich zu machen. Ihr Ergebnis erschwert vielmehr gegenwärtig die mühsamen Fäden der Entente zu lösen. Darüber werden die Sozialisten der entente-freundlichen Staaten uns noch näher informieren. Für den, der gleich Beginn eine Schwächung der mitteleuropäischen Position Deutschlands als das Ziel eines neutralen Sozialisten bezeichnet, war das erwartete Ergebnis. Aber die deutsche Sozialdemokratie ist von dem Schicksal ihres Volkes abhängig und nur über Deutschland kann ihre Stellung diskutiert.

Die Eroberung von Görz.

Amtlicher italienischer Bericht. Unsere Truppen sind heute in Görz eingedrungen. Unsere Infanterie hatte schon heute morgen nach einer kräftigen Artillerievorbereitung die Eroberung der Höhen von Oslavia und Podgora vollendet, indem sie die letzten feindlichen Abteilungen vertrieb, die sich dort noch eingenistet hatten. Gräben und Unterstände wurden voller feindlicher Leichen angetroffen. Wir fanden überall Waffen, Munition und Material aller Art, das von dem in voller Auflösung befindlichen Feinde zurückgelassen wurde. Bei hereinbrechender Nacht überschritten Abteilungen der Brigaden von Casale und Pavia eine Furt am Isonzo, wo der Feind einen Teil der Brücken gesprengt hat und verschanzten sich auf dem linken Ufer. Eine Kolonne von Kavallerie und Bersaglieri zu Rad, wurde alsbald auf das andere Ufer zur Verfolgung ausgesandt. Die unermüdlichen Pioniere bauten schnell im Feuer der feindlichen Artillerie Brücken und besserten die vom Feinde beschädigten aus. Auf dem Karst wurden neue feindliche Angriffe auf dem Gipfel des Monte San Michele abgeschlagen und im Sturm neue Gräben in der Nachbarschaft des Ortes San Martino genommen. Die Gesamtsumme der bisher gezählten Gefangenen beträgt über 10 000, andere treffen fortgesetzt auf den Sammelplätzen ein. Es ist noch nicht möglich, die gesamte Kriegsbeute festzustellen. Sie wird sehr groß sein.

Cadorna.



Reliefkarte zu den Kämpfen um Görz.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ergebnislose Verhandlungen der Schweiz mit der Entente.

Die schweizerische Telegraphenagentur meldet: Die Unterhandlungen der schweizerischen Delegierten mit den Vertretern der alliierten Regierungen in Paris sind beendet. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Unterhandlungen für die Schweiz zu einem vollständigen Mißerfolg auf der ganzen Linie geführt haben. Dem Begehren um die Überlassung von in deutschem und österreichisch-ungarischem Besitze stehenden Bannwaren zu Kompensationszwecken, wurde nicht entsprochen. Der von der Schweiz vorgeschlagene Rohstoffersatzverkehr mit den Mittelmächten, wonach gegen Lieferung von Fabrikwaren die entsprechenden, in demselben verwendeten Rohstoffe zurückerstattet werden sollen, wurde auch in bezug auf fast alle in Betracht fallenden Rohstoffe abgelehnt. Ebenso wurden die von den schweizerischen Delegierten gewünschten Bindungen mit Bezug auf einzelne zurzeit noch freien Warenkategorien nicht angenommen.

*

Englische Vorschriften für Island.

Die englische Regierung hat die isländische Regierung gezwungen, eine Verordnung zu erlassen, wonach es verboten ist, daß von Island mit anderen Schiffen Waren ausgeführt werden, als mit solchen, die vor der Fahrt nach ihrem Bestimmungshafen erst einen britischen Kontrollhafen angelaufen haben. Die Kapitäne müssen eine eidesstattliche Versicherung abgeben, bei Nichteinhaltung bis zu 100 000 Kronen zugunsten Englands zu zahlen. Weiter verbot England die Ausfuhr aller isländischen Produkte, von Fischwaren, Häuten und Fleisch. Für inländische Produkte setzte die englische Regierung eine spezifizierte Preisliste fest.

*

Der Kolonialkrieg.

Pariser Blätter melden aus Lissabon, daß die Deutschen, mit Maschinengewehren bewaffnet, die Front bei Naigadi im Gebiete Kionga in Ostafrika angegriffen und den Portugiesen Verluste beigebracht haben.

Die Menschenverluste des Weltkrieges.

Die in Kopenhagen bestehende „Studiengesellschaft für sozialen Folgen des Krieges" gibt soeben ihr zweites Bulletin heraus, daß die „Menschenverluste im Kriege" behandelt. Ueber den Gesamtwerden der Schrift sei vorausgeschickt, daß sie eine durchaus wissenschaftliche, unparteiische und von jeder tendenziösen Verzerrungsmöglichkeit freie Untersuchung darstellt; wenn die Ergebnisse in manchen Punkten zweifelhaft und sogar unglaubhaft erscheinen, so liegt das nicht am bösen Willen der Herausgeber, sondern an der Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit des zu Grunde liegenden statistischen Materials. Die Einleitung betont, daß eine vollständige Erfassung der durch den Krieg verursachten Menschenverluste sich nicht nur auf die direkten Heeresverluste beziehen müsse, sondern auch noch folgende Punkte erforschen müsse: Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen, die Verluste unter der zivilen Bevölkerung durch Kriegsereignisse, die Sterblichkeit unter den Flüchtlingen, die Sterblichkeit unter der zivilen Bevölkerung überhaupt, den Geburtenrückgang. Da aber über diese Erscheinungen so gut wie gar kein zuverlässiges Material vorliegt, so beschränkt sich die Arbeit auf die direkten Heeresverluste und auch hier ist ein sehr wichtiger Punkt, nämlich der Erkrankungen im Heere, aus dem gleichen Grunde des Materialmangels für die Hauptuntersuchung ausgeschaltet worden. Die Ergebnisse stellen daher nur einen Teil der gesamten Menschenverluste des Krieges dar.

Was nun die von der Studiengesellschaft errechneten direkten Heeresverluste anbelangt, so ist bemerkenswert, daß nach dieser, wie schon betont rein wissenschaftlichen Schätzung, der weitaus größere Teil der Verluste auf die Heere der Ententemächte entfällt. Die Verluste unserer Gegner werden wie folgt berechnet:

	Tote	Verwundete	Tote und Verwundete	Invaliden
Belgien	50 000	110 000	160 000	33 000
England	205 000	512 000	717 000	154 000
Frankreich	885 000	2 115 000	3 000 000	634 000
Italien	105 000	245 000	350 000	73 500
Rußland	1 498 000	3 820 000	5 318 000	1 146 000
Serbien	110 000	140 000	250 000	42 000
zusammen	2 852 000	6 942 000	9 795 000	2 082 800

Von diesen Zahlen können allerdings nur die auf England bezüglichen Anspruch auf einige Genauigkeit erheben, da ja England allein von unsern Gegnern seine Verluste amtlich bekannt gibt. Die Zahlen der übrigen Länder beruhen auf zum Teil recht geschickten Kombinationen und Berechnungen nach irgend welchen an die Oeffentlichkeit gelangten Teilergebnissen, müssen aber doch — trotz aller Sorgfalt in der Abschätzung — mit Vorsicht aufgenommen werden. Die Statistik hat sich bei allen Schätzungen an das Mindestmaß gehalten; wir können es wohl darauf zurückführen, wenn uns einige Resultate noch bedeutend hinter der Wirklichkeit zurück zu bleiben scheinen; so halten wir namentlich die italienischen Verluste für viel zu gering, und auch die französischen und russischen bei aller Größe dieser Zahlen noch als reichlich knapp berechnet.

Immerhin läßt sich aus der Tabelle manches Beachtenswerte herauslesen: Sie bestätigt von neuem die Riesenverluste der Ententeheere, die selbst nach dieser sehr vorsichtigen Berechnung allein an Toten und Verwundeten — von Kranken und Gefangenen ganz abgesehen — nahezu 10 000 000 Mann eingebüßt haben. Ein Vergleich der englischen und französischen Ziffern illustriert die Klage vieler Franzosen, daß England sein Blut spart, während das französische in Strömen fließt. Bei Rußland ist beachtenswert der hohe Prozentsatz der Invaliden — fast ein Drittel der Verwundeten — ein trauriges Zeugnis für den Stand der russischen Heilkunst. Der russische Gesamtverlust (mit Kranken und Gefangenen) wird auf über 7 000 000 berechnet.

Aus Nah und Fern.

Schwerer Wolkenbruch. Ueber dem Tal des Coal River in Westvirginien ging einem Telegramm aus Charleston zufolge ein Wolkenbruch nieder. Man glaubt, daß über 100 Menschen umgekommen sind. Der Sachschaden beträgt über 1 Million Dollar.

Eine Munitionsfabrik und eine Oelfabrik in Frankreich durch Feuer zerstört. Nach Meldungen französischer Blätter flog in Mondon eine Werkstatt der Munitionsfabrik in Foulilette in die Luft. Mehrere Arbeiterinnen wurden getötet bezw. schwer verwundet. — Die große Oelfabrik von Delaunay u. Co. in Focamp wurde durch eine Feuersbrunst fast vollständig zerstört. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Franken. 500 Arbeiter sind brotlos.

Explosion. Mittwoch mittag ereignete sich eine große Explosion in der Pulver- und Waffenfabrik von Dudest bei Bukarest. Die Explosion erfolgte um 10 Uhr vormittags. Es explodierten nacheinander zwei Aetherbehälter, und ein Alkoholbehälter brannte aus. Die Hauptmagazine, die große Mengen Aether und Alkohol enthalten, sind unbeschädigt geblieben. Vernichtet sind zehntausend Kilogramm Aether und sechstausend Kilogramm Alkohol. Der Betrieb des Werkes wird aufrecht erhalten. 62 Personen wurden getötet und 108 verletzt, von denen die meisten Brandwunden erlitten. Unter den Toten befinden sich der Vorsteher des Werkes und der Betriebsleiter.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.